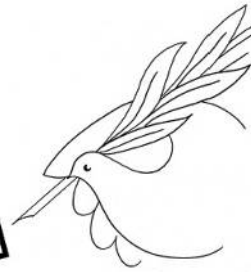


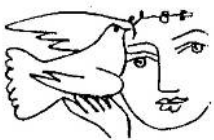
# FRIEDENS JOURNAL



## Gewaltherrschaft nach Innen und Außen: Wo stehen wir?



- USA: Neoliberaler Faschismus und die Politik der Auslöschung
- Milliardäre sitzen am Schalthebel der militärischen Macht
- Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus
- Bundeswehr und IDF: Vom Gaza-Krieg lernen
- „Das Desinformationssanktionsregime der Europäischen Union“
- Vorkrieg gegen den Iran: Tödliche Unruhen und die westlichen Medien
- Iran: entgrenzter Krieg



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

März - April 2026 / Nr. 2

# Editorial

Inhalt	
USA: Neoliberaler Faschismus	3
Milliardäre am Schalthebel	6
Buchbesprechung: Gefahren der KI	7
KI-generiertes Töten im Gaza-Krieg	8
Bundeswehr: Lernen vom Gaza-Krieg	10
Ökozid im Westjordanland	11
„Desinformationsregime“ der EU	12
Buchbesprechung: Aller Rechte beraubt	13
Vorkrieg gegen den Iran und die Medien	14
Iran: Entgrenzter Krieg	16
„Board of Peace“	17
„Aggression gegen den Iran stoppen“	18
Welche Aktionsformen sind zweckmäßig?	19
Aus Ostermarschauftufen	20

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3.3.26

## Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

### Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag  
Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

### Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken,  
Werner Ruf, Felix Winter, Ewald Ziegler,  
Karl-Heinz Peil (V.i.S.d.P.)

### Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 -77,  
60329 Frankfurt am Main  
e-Mail: [info@frieden-und-zukunft.de](mailto:info@frieden-und-zukunft.de)

### Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822  
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

### Internetausgabe:

auf [www.frieden-und-zukunft.de](http://www.frieden-und-zukunft.de)  
mit digitalem Archiv ab 2010.  
ISSN 2193-9233d

### In eigener Sache:

Mit dieser Ausgabe begrüßen wir Felix Winter als neues Redaktionsmitglied. Er war bereits in der Vergangenheit mit seinen Karikaturen bei uns präsent und wird sich jetzt auch inhaltlich einbringen.

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig mit der Frage, wie derzeitige Entwicklungen vor allem innenpolitischer Art treffend umschrieben werden können. In unser Redaktion gab es dazu Diskussionen über den Begriff Faschismus. Etikettierungen mit historischen Bezügen sind aber immer hakelig. Der deutsche Faschismus steht historisch für die gewaltsame Zerschlagung der Arbeiterbewegung und einer gesellschaftlichen Situation, die heute nicht mit 1933 vergleichbar ist.

Anders stellt sich die Situation in den USA mit einer historischen Kontinuität des Rassismus dar, wo aktuell das Morden der ICE-Schlägertrupps auch hierzulande mit Entsetzen registriert wurde. Der US-Autor Henry Giroux spricht von „Neoliberalen Faschismus“ und hat damit eine sehr gute Analyse vorgelegt. Dabei erfasst er auch das Zusammenspiel von Trumps Innen- und Außenpolitik in ihrer systematischen Vorgehensweise, auch wenn Trump aktuell mit der Aggression gegen den Iran als zunehmend chaotisch erscheint.

Mit dem deutschen Faschismus ist auch bzw. in der offiziellen Gedenkkultur vorrangig der industriell organisierte Massenmord an 6 Millionen Juden verbunden. Es ist deshalb erschreckend, dass ausgerechnet durch den jüdischen Staat Israel Kriegsverbrechen in einer neuen Dimension erfolgen.

Hierbei spielt die technologische Spitzenposition Israels in der digital gesteuerten Kriegsführung eine zentrale Rolle.

Israels Militär war in den 90er Jahren „Pionier“ mit gezielten Tötungen durch Kampfdrohnen mittels (menschlicher) Drohnenpiloten, was dann von den USA systematisch über Jahrzehnte weiterentwickelt wurde. Heute ist es der Einsatz von KI, der das verursacht, was man früher bei gezielten Tötungen durch Kampfdrohnen noch als „Kollateralschaden“ bezeichnet hat.

In mehreren Beiträgen beleuchten wir die militärische Rolle der KI, mit einem Beitrag über die Software von Palantir, einer Buchbesprechung und ei-

nem bereits bei medico veröffentlichten Interview mit einem IT-Experten aus Israel. Seine Aussagen sind erschütternd und zeigen, dass das automatisierte Töten mit KI-Werkzeugen in Gaza bereits Realität geworden ist. Dass man die Zielauswahl für systematische Zerstörungen und Tötungen Maschinen überlässt, führt zu Assoziationen in die Vergangenheit mit dem bereits genannten industriell erfolgten Massenmorden durch die Nazis.

Auch bei der Aggression von Israel und den USA gegen den Iran muss man genau hinschauen, welche Ziele angegriffen werden und wie dieses in unseren Medien dargestellt oder verschwiegen wird. Der Raketenangriff auf eine Mädchenschule im Iran mit mehr als 160 toten Grundschülerinnen war kein Versehen oder Kollateralschaden.

Mit dem offenen Angriffskrieg gegen den Iran hat sich auch bei uns die Kriegshysterie gesteigert. Wir haben auf den Seiten 14 und 15 dieser Ausgabe einen Beitrag zur Vorgeschichte der am 28.2. erfolgten Aggression aufgenommen und stellen dem kommentarlos einen Bericht über „Jubelperser“ in Frankfurt gegenüber. Die daraus ersichtliche Stimmungsmache für Krieg in Deutschland erinnert an 1914.

Bewerkstelligt wird dieses durch eine Formierung des politischen Diskurses: An allem ist Putin Schuld. Da auf unsere US-„Schutzmacht“ kein Verlass mehr ist, muss eine totale Kriegsvorbereitung materiell und mental durchgedrückt werden. Wer sich dem entzieht und aufklärerisch die gängigen Narrative infrage stellt, speziell zum Ukraine-Krieg und Israels Genozid gegen die Palästinenser, wird mit Repression bestraft. Dieses erfolgt zwar nur punktuell, aber mit Einschüchterungseffekten gegen alle. Auch dazu haben wir mehrere Beiträge mit Schwerpunkt auf das EU-Sanktionsregime.

Bleibt zum Schluss nur die Hoffnung, dass der politische Irrsinn in Washington und Tel Aviv, gekoppelt mit einer völlig unglaubwürdig gewordenen Deutschen Politik und „westlichen Werten“ immer mehr Menschen die Augen öffnet und Anfang April deutlich mehr Menschen bei den Ostermärschen auf die Straße gehen.

Karl-Heinz Peil

# USA: Neoliberaler Faschismus und die Politik der Auslöschung

von Von Henry Giroux

*Der nachfolgende Beitrag ist die stark gekürzte deutsche Fassung einer Analyse, die in dem US-Medium Counterpunch am 18.1.26 veröffentlicht wurde. Die komplette deutsche Fassung findet sich auf Seniors.org*

## Ablenkung als Waffe: Spektakel als Regierungsform

Unter der Trump-Regierung hat sich die Politik der Ablenkung zu einer Regierungsstrategie verfestigt und wurde durch ein gefügiges Mainstream-Medienökosystem normalisiert.

Trump ist aber mehr als ein Wirbelwind aus Chaos und Ablenkung. Er ist ein unkontrollierter Autoritarist, der eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie und den Planeten darstellt. Was sich als Spektakel und Turbulenz tarnt, ist in Wirklichkeit die kalkulierte Ausübung von Macht, eine Form der Regierungsführung, die Verwirrung als Waffe einsetzt, Grausamkeit beschleunigt und als inländisches Pendant zum Terrorismus fungiert, um die Öffentlichkeit einzuschüchtern, zu desorientieren und zu erschöpfen, bis sie sich unterwirft.

## Kinetische Aktion und Terror der Staatsmacht

Dabei wird Empörung unaufhörlich erzeugt und dann schnell verdrängt, ersetzt durch den nächsten Schock, bevor die Öffentlichkeit die Fragmente zu einem kohärenten politischen Bild zusammenfügen kann. Jeder Vorfall erscheint als isolierter Bruch und nicht als Teil einer sich entfaltenden Machtstruktur, losgelöst von den Bedingungen, die ihn hervorbringen, und von der größeren Architektur der Herrschaft, die er aufrechterhält.

Im Zeitalter des eskalierenden Faschismus und einer nihilistischen Verehrung von Gier und roher Macht hat sich die amerikanische Politik zu einem Theater der Gewalt entwickelt, das mit einem unaufhörlichen Strom von Spektakeln einhergeht, die von der Geschichte losgelöst und ihrer systemischen Bedeutung beraubt sind. Was in diesem zersplitterten Feld der Empfindungen verschwindet, ist die Erkenntnis, dass

diese Handlungen keine Exzesse oder Zusammenbrüche sind. Sie sind die herrschende Grammatik einer neoliberalen-faschistischen gangsterkapitalistischen Ordnung, die sich um Militarisierung, weiße Vorherrschaft, historische Auslöschung, Enteignung und Bestrafung organisiert und heute eher als unvermeidlich denn als Anklage behandelt wird.

Anfang Januar 2026 inszenierten die USA eine dramatische militärische Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und seiner Frau – eine eklatante Verletzung der Souveränität, die weltweit Schlagzeilen hätte machen und eine tiefgreifende rechtliche und ethische Debatte auslösen müssen.

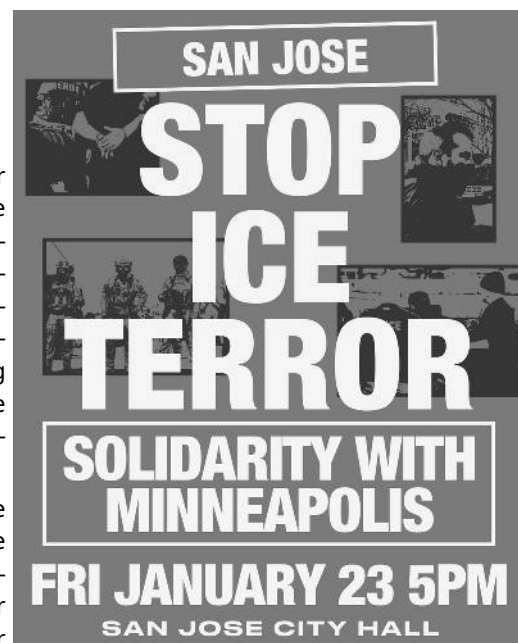
Stattdessen wurde die Aufmerksamkeit der Nation, als viele Amerikaner begannen, diese sich abzeichnende Auslandskrise zu verarbeiten, durch einen anderen staatlich sanktionierten Gewaltakt abgelenkt.

## Der ICE-Mord in Minneapolis

Am 7. Januar wurde die in Minneapolis lebende Renée Nicole Good während einer Einwanderungsaktion von einem ICE-Agenten ermordet. Good, eine 37-jährige Mutter, wurde getötet, als sie vor Bundesbeamten floh – ein tödlicher Vorfall, den die Regierung trotz Augenzeugenberichten und Videoaufnahmen, die die offizielle Darstellung widerlegen, als Selbstverteidigung rechtfertigte.

Rassistische Gewalt durchdringt mittlerweile die amerikanische Gesellschaft und ist nicht mehr auf Randbereiche beschränkt, sondern fest in den Alltag der Regierungsführung eingebunden. Unter Trump sind Menschen mit anderer Hautfarbe, ob Staatsbürger oder Nichtstaatsbürger, selten davon ausgenommen, ins Visier genommen zu werden, sei es innerhalb der Landesgrenzen oder darüber hinaus.

Was sich abzeichnet, ist eine Politik, die durch Angst und Gewalt regiert und jede sinnvolle Unterscheidung zwischen Krieg im Ausland und Unterdrückung im Inland aufhebt.



Was darauf folgte, zeigt, wie Ablenkung nicht nur als Ablenkungsmanöver, sondern als Technologie der Entpolitisierung funktioniert. Anstatt Goods Ermordung als einen Moment zu behandeln, der eine genaue Untersuchung unverantwortlicher Gewalt und als Teil einer umfassenderen Strategie staatlicher Gewalt und des heimischen Terrorismus erfordert, verdoppelten hochrangige Bundesbeamte sofort ihre Strafverfolgungsmaßnahmen und versuchten, den Vorfall als Beweis für eine innere Bedrohung darzustellen.

Führende Vertreter des Heimatschutzministeriums bezeichneten ihre Handlungen als „inländischen Terrorismus“, und die Regierung startete die Operation Salvo – eine landesweite Verstärkung der ICE-Razzien und Strafverfolgungsmaßnahmen nach ihrem Tod. Diese Massenvergelungsmaßnahmen wurden durch von der Regierung produzierte Propagandavideos inszeniert.

Die Mainstream-Presse erfüllt einmal mehr ihre Rolle als Armee von Stenographen, indem sie Trumps vorgegaukelte Besorgnis um die iranischen Demonstranten lautstark verstärkt und gleichzeitig bewusst die zentrale Widersprüchlichkeit ignoriert, die sie nicht beim Namen nennen will: seine rücksichtslose Unterdrückung abweichender Meinungen im eigenen Land, insbesondere seine eskalierenden Angriffe auf diejenigen, die sich solidarisch mit der Freiheit Palästinas zeigen.

## **Neoliberale Ideologie bleibt unsichtbar**

Der Neoliberalismus ist die vorherrschende Ideologie unserer Zeit, doch im politischen Mainstream-Diskurs wird er kaum thematisiert. Seine Macht liegt gerade in dieser Unsichtbarkeit. Geschützt durch Anonymität verschleiert der Neoliberalismus die von ihm verursachten systemischen Verwüstungen, die Auslöschung des öffentlichen Gesundheitswesens und Bildungswesens, die Zerstörung der globalen Umwelt, den Abbau öffentlicher Dienstleistungen und die Normalisierung erschreckender Ungleichheit, politischer Korruption und eines immer strengeren Strafsstaates.

Selten werden diese Krisen als miteinander verbundene Ausdrucksformen einer einzigen wirtschaftlichen und politischen Ordnung verstanden. Stattdessen werden bröckelnde Infrastrukturen, Massenarmut, Ernährungsunsicherheit, soziale Isolation und massive Steuergeschenke an die Reichen als isolierte Misserfolge behandelt und nicht als Symptome des neoliberalen Kapitalismus selbst.

Im Zentrum dieser Politik der Entkopplung steht die Trennung des privaten Leidens von der öffentlichen Verantwortung, strukturelle Ursachen verschwinden aus dem Blickfeld, und Krisen verschärfen sich isoliert voneinander.

Staatliche Gewalt wird in isolierte Vorfälle fragmentiert, Militarismus wird als Sicherheit umgedeutet, Dissens wird als Extremismus umgerahmt, und Institutionen, die mit der Verteidigung des demokratischen Lebens beauftragt sind, machen sich entweder zu Komplizen von Trumps Erpressungspolitik oder ziehen sich in Schweigen zurück.

Politik ist in ihrer grundlegendsten Form der Bereich des kollektiven Engagements, in dem Bürger beraten, um Macht ringen, verhandeln, benennen und um die Bedingungen einer gemeinsamen Zukunft kämpfen. Unter dem heutigen Autoritarismus wird die Politik jedoch zunehmend ausgehöhlt und durch eine Kultur der Angst, Fragmentierung, künstlichen Ignoranz und inszenierten Spektakel ersetzt.

Die Eskalation der Gewalt durch die Einwanderungs- und Zollbehörde ICE, die Normalisierung permanenter Kriege im Ausland, der Angriff auf die Hochschulbildung und die Gewährung un-

kontrollierter staatlicher Macht sind keine zufälligen, parallel verlaufenden Entwicklungen. Sie sind miteinander verflochtene Komponenten eines kohärenten politischen Projekts, das durch Angst, Auslöschung, unkontrollierte Militarisierung und den systematischen Abbau der Grundlagen einer robusten Demokratie regiert.

### **Militarismus ohne Grenzen: Imperium im Ausland, Besatzung im Inland**

Was die eskalierenden Drohungen und Interventionen der Trump-Regierung im Ausland mit der Militarisierung der Städte im Inland verbindet, ist nicht nur das gemeinsame Vertrauen in Gewalt, sondern eine tiefgreifende Veränderung in der Art und Weise, wie Macht heute ausgeübt wird. Der Militarismus hat sich von Rechenschaftspflicht, verfassungsrechtlichen Beschränkungen und internationalem Recht gelöst und sich zu einer wandernden Regierungslogik gewandelt, die frei von Moral ist, keinen Grenzen unterliegt und zunehmend von demokratischer Kontrolle abgeschirmt ist.

Trump behandelt das US-Militär seit langem nicht als eine verfassungsmäßige Institution, die an Gesetze und die Zustimmung der Öffentlichkeit gebunden ist, sondern als persönliches Instrument der Herrschaft, als Erweiterung autoritärer Politik, die zu einer umherstreifenden Polizeitruppe umfunktioniert wurde. Damit folgt er dem altbekannten Drehbuch früherer Diktatoren, die versuchten, die Militärmacht von der öffentlichen Rechenschaftspflicht und demokratischen Kontrolle zu trennen.

Dies ist die bestimmende Logik eines Polizeistaats: Streitkräfte, die nicht an Gesetze gebunden sind und nicht dem Volk, sondern den Erfordernissen der Herrschaft selbst Rechenschaft schuldig sind. Unbeeindruckt von der Zustimmung des Kongresses wird die Militärmacht aggressiv als Spektakel und Drohung eingesetzt, um die Öffentlichkeit einzuschüchtern und die permanente Präsenz von Streitkräften im zivilen Leben zu normalisieren.

Dieselbe Logik bestimmt auch Trumps Handeln im Ausland. Sein Angriff auf Venezuela sowie offene Drohungen gegen Mexiko, Grönland,

Kuba und Brasilien signalisieren die Rückkehr einer imperialen Ordnung, die selbst ihrer liberalen Alibis beraubt ist, eines Imperiums, mehr die Notwendigkeit hat, seine Vorherrschaft als Diplomatie zu tarnen.

Trump verstrickt sich zunehmend in die lateinamerikanische Politik und reduziert die Außenpolitik zu einem stumpfen Instrument der Zwangsausübung und Bestrafung. Souveränität wird zur Bedingung, Grenzen werden zu Unannehmlichkeiten und das Völkerrecht wird zu einem Hindernis, das es zu umgehen gilt, anstatt zu einer Verpflichtung, die es zu respektieren gilt. Militärische Gewalt wird nicht mehr als tragisches letztes Mittel dargestellt, sondern als gewöhnliches Herrschaftsinstrument, als eine Form der Gangsterdiplomatie, die die Unterscheidung zwischen Strafverfolgung und Krieg aufhebt.

Was diesen Moment besonders gefährlich macht, ist, dass dieselbe Logik der Dominanz nun auch innerhalb der Vereinigten Staaten voll zum Tragen kommt. Die Militarisierung der ICE ist keine Anomalie oder politische Übertreibung, sondern die innenpolitische Ausweitung einer imperialistischen, kolonialistischen Denkweise, die seit langem im Ausland praktiziert wird.

Die ICE hat sich zu einem weitläufigen, internen, gesetzlosen Vollzugsregime entwickelt, das mit brutalen Methoden und weitreichender Macht ausgestattet ist, über militärische Waffen, Luftüberwachung, weitreichende Ermessensbefugnisse und nahezu vollständige Immunität verfügt.

Mit minimaler Transparenz und praktisch ohne öffentliche Rechenschaftspflicht führen Bundesbeamte nun Razzien mit Hubschraubern, Rammböcken und taktischer Ausrüstung durch, die früher Kriegsgebieten vorbehalten waren. Ganze Stadtteile werden als feindliches Gebiet behandelt, der zivile Raum wird zu einem Schlachtfeld umfunktioniert.

Was darauf folgte, wie von investigativen Journalisten und Bürgerrechtsaktivisten dokumentiert, war eine Eskalation, die einen entscheidenden Schritt über die Grenze zu dem politischen Terror hinweg markiert, der historisch mit Diktaturen in Verbindung gebracht wird. ICE-Beamte haben auf zivile Fahrzeuge geschossen, wobei es mehrere Berichte

über Personen gibt, die auf diese Weise erschossen wurden, darunter auch bestätigte Todesfälle.

Andere Fälle zeigen eher ein Muster systematischen Missbrauchs als vereinzelte Auswüchse: Eine autistische, behinderte Frau wurde gewaltsam aus ihrem Auto geholt, während sie zu einem Arzttermin fuhr; Fahrzeuge wurden angehalten und Fenster eingeschlagen, um die Insassen festzunehmen; Tränengasgranaten und Pfefferkugeln wurden gegen friedliche Demonstranten eingesetzt; Häftlingen wurden Medikamente verweigert und sie wurden in Einwanderungsbehörden erniedrigenden Bedingungen ausgesetzt.

Die Tötung von Renée Nicole Good, einer US-Bürgerin, die in Minneapolis von einem ICE-Beamten erschossen wurde, hätte nationale Empörung und eine institutionelle Abrechnung in den Mainstream-Medien hervorrufen müssen. Stattdessen ist sie weitgehend im Hintergrundrauschen der normalisierten staatlichen Gewalt untergegangen.

Ihr Tod wird als Einzelfall und nicht als strukturelle Anklage behandelt und veranschaulicht, wie die Politik der Abkoppelung autoritäre Macht vor Rechenschaft schützt. Und dieser Strom sinnloser Geschwätzigkeit findet vor dem Hintergrund massiver Proteste in Minneapolis und anderen Städten der USA statt. In den letzten Jahren hat sich die Einwanderungskontrolle des Bundes von sporadischen Grenzkontrollen zu einem harten Regime im Landesinneren gewandelt, das ganze Städte als Kontrollzonen behandelt.

### **Hochschulbildung unter Beschuss: Kriminalisierung abweichender Meinungen**

Nirgendwo ist die Politik der Entfremdung verheerender als in den anhaltenden Angriffen der Trump-Regierung auf die Hochschulbildung. Universitäten, die einst – wenn auch unvollkommen – als Orte der kritischen Hinterfragung, moralischen Zeugenschaft und demokratischen Debatte verstanden wurden, werden zunehmend als Bedrohung für die nationale Sicherheit dargestellt. Studierende und Lehrkräfte, die gegen staatliche Gewalt, Militarismus oder rassistische Ungerechtigkeit protestieren, werden nicht mehr als engagierte Bürger anerkannt, sondern als Radikale, Extremisten oder sogar als inländische Terroristen gebrandmarkt.



In diesem Klima wird Dissens selbst zu einem Verbrechen. Bildung ist für Autoritäre gerade deshalb gefährlich, weil sie die Fähigkeiten fördert, die sie am meisten fürchten. Im besten Fall vermitteln die Hochschulbildung und das öffentliche Bildungswesen den Studierenden die Geschichte, das Wissen und die ethischen Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um kritisch zu denken, mutig zu handeln und Ungerechtigkeit zu erkennen, wenn sie auftritt. Diese Art der befähigenden Pädagogik hat in Trumps Amerika keinen Platz.

### **Neoliberaler Faschismus und der Kampf um eine demokratische Sprache**

Zusammengenommen offenbaren Militarismus im Ausland, Gewalt durch die Einwanderungsbehörde ICE im Inland und die Unterdrückung der Hochschulbildung kein Chaos, sondern ein kohärentes politisches Projekt.

Damit werden die Bürger dazu aufgefordert, sich nicht politisch zu engagieren, sondern emotional zu reagieren. Angst ersetzt Kritik. Fragmentierung ersetzt Solidarität. Spektakel ersetzt Überlegung. Die Politik der Entfremdung fungiert als Machtinstrument, das dafür sorgt, dass Menschen Ungerechtigkeit erleben, ohne deren Ursachen zu verstehen, und Gewalt miterleben, ohne ihre kollektive Fähigkeit zu erkennen, sich dagegen zu wehren.

Was wir derzeit erleben, ist nicht einfach eine Rückkehr zu älteren Formen des Autoritarismus, sondern die Konsolidierung des neoliberalen Faschismus als pädagogisches Projekt.

Dieses Projekt herrscht nicht in erster Linie durch Überzeugung oder demokratische Zustimmung, sondern durch Bewusstseinskontrolle, die Normalisierung von Grausamkeit und die systematische Zerstörung der öffentlichen Vorstellungskraft.

Es erzieht die Menschen dazu, sich abzukapseln, Gewalt als unvermeidlich anzusehen, Militarismus als Normalität zu akzeptieren und ethnische Säuberungen, weißen christlichen Nationalismus und autoritäre Grausamkeit zu normalisieren. Es ersetzt politisches Handeln durch Angst, historisches Gedächtnis durch Amnesie und Solidarität durch Atomisierung.

Ohne eine Sprache, die in der Lage ist, die wirtschaftlichen, rassistischen und autoritären pädagogischen Mechanismen aufzudecken, die die heutigen Formen der Herrschaft aufrechterhalten, wird der Widerstand fragmentiert, reaktiv und leicht einzudämmen bleiben. Martin Luther King Jr. hatte Recht, als er eine Revolution der Werte forderte, die untrennbar mit einer systemischen Analyse verbunden war, die Militarismus, Rassismus und Armut als sich gegenseitig verstärkende Kräfte miteinander verband.

Den neoliberalen Faschismus als pädagogisches Projekt zu benennen, bedeutet anzuerkennen, dass der Kampf für Demokratie untrennbar mit dem Kampf um Bedeutung, Erinnerung und Bildung selbst verbunden ist. In diesem Kampf ist Schweigen Komplizenschaft, Neutralität Kapitulation, und die Wiederverbindung mit der Politik wird nicht nur zu einer Strategie des Widerstands, sondern zum ersten Akt der demokratischen Erneuerung.



Der nachfolgende Beitrag von **Urs P. Gasche** erschien bei Infosperber  
Foto: ZDF

Ohne Palantirs Software – warnen Kritiker – wären Armee und Regierung handlungsunfähig. Die Demokratie verkomme zur Kulisse.

Der Software-Konzern Palantir gehört unter anderen den Milliardären Peter Thiel und Alex Karp.

Statt Kampfjets, Panzern oder Raketen liefert das Unternehmen digitale Betriebssysteme für das Militär sowie für Sicherheits- und Staatsapparate.

Thiels Risikokapitalfirma investiert auch in das Unternehmen Anduril, gegründet 2017. Anduril entwickelt autonome Waffen- und Überwachungssysteme samt Steuerungssoftware. Anduril ist privates und nicht börsenkotiertes Unternehmen.

### Militärische Kernaufgaben in privaten Händen

Mit KI-Software und Datenplattformen versorgt Palantir Militär, Geheimdienste, Polizei und Grenzbehörden befreundeter Staaten. Die Software unterstützt Kriegsführung, Logistik, Personalverwaltung, Geheimdienstanalysen und das Auswerten innenpolitischer Daten.

Die staatliche Souveränität werde «privatisiert», kommentierte «Le Monde diplomatique». Militärische Kernaufgaben wanderten an Privatunternehmen ab. Peter Thiel erklärte offen, «*Freiheit und Demokratie*» seien «*nicht mehr miteinander vereinbar*». Die Zeitung schreibt weiter:

*«Algorithmen entscheiden zunehmend über militärische Ziele, Truppenbewegungen und Geheimdienstanalysen. Nicht Generäle kontrollieren diese Algorithmen, sondern private Unternehmen, die den Interessen ihrer Aktionäre folgen.»*

### Besitzer und Investoren sahen ab

Palantir wird an der Börse mit über

## Milliardäre sitzen am Schalthebel der militärischen Macht

400 Milliarden Dollar bewertet und übertrifft damit viele traditionelle Waffenkonzerne. Der KI-Boom und Trumps Wiederwahl liessen den Aktienkurs explodieren. Zeitweise erreichte der Marktwert fast 490 Milliarden Dollar, bei einem Kurs-Gewinn-Verhältnis von über 400 – ein historisch extremes Niveau, wie Ökonomen betonen.

Hedgefonds-Manager Michael Burry wettet unterdessen gegen die Aktie. Palantir-CEO Alex Karp konterte und bezeichnet sein Unternehmen als unverzichtbare militärische Infrastruktur. 2025 schloss die US-Armee Milliardenverträge mit Palantir ab, die den Zugang des Militärs zu dessen Software für die nächsten zehn Jahre sichern.

### Patriotische Rhetorik des KI-militärisch-industriellen Komplexes

Palantir inszeniert sich als patriotischer, «anti-woker» Akteur, der die militärische Überlegenheit der USA, Grossbritanniens, Israels, der Ukraine und anderer Verbündeter sichern will. Kommentatoren sehen darin die Spitze eines neuen «*KI-militärisch-industriellen Komplexes*». Dieser übertrage Eisenhowers Warnung vor dem militärisch-industriellen Komplex ins Software-Zeitalter: Die Macht wandert von gewählten Institutionen zu privat kontrollierten Daten- und KI-Plattformen.

### Drehtüren, Fondsnetzwerke und Machtarchitektur

Ehemalige Manager von Palantir, Anduril, Meta oder OpenAI besetzen Schlüsselpositionen in Washington und im Pentagon, manchmal mit fortbestehenden Beteiligungen an den Firmen, deren Produkte sie nun beschaffen oder regulieren.

Risikokapitalfonds wie Founders Fund, 1789 Capital und Andreessen Horowitz bündeln Investitionen in Palantir, Anduril, SpaceX, xAI und Nuklear-Start-ups. Sie kontrollieren zentrale Infrastrukturen, auf denen staatliche Souveränität bisher traditionell ruhte – Daten, Geld, Waffen, Satelliten, Energie.

### Europas stille Abhängigkeit in den US-Stack

Mit «Stack» ist die gesamte Infrastruktur gemeint: von Hardware, Cloud und Betriebssystemen über Datenbanken, KI-Modelle und Plattformen bis hin zu Bezahlssystemen oder speziellen Fachanwendungen.

Während Brüssel über «digitale Souveränität» debattiert, binden sich europäische Regierungen tief in den US-dominierten Stack ein. In Deutschland protestieren Bürgerrechtsgruppen gegen Palantir-Analysetools in Polizeibehörden und gleichzeitig setzt die Bundeswehr auf Andurils autonome Systeme.

Italien erwägt, verschlüsselte Militärkommunikation auf Musks Starlink zu verlagern. In Grossbritannien verarbeitet der NHS Millionen Patientendaten über Palantirs Federated Data Platform – parallel zu milliarden-schweren Verteidigungsverträgen.

Diese Abhängigkeiten werden politisch kaum diskutiert, sind aber technisch schwer rückgängig zu machen.

### Demokratie als Fassade, Infrastruktur als Machtzentrum

Die Souveränität verschiebt sich weg von demokratisch kontrollierten Institutionen, hin zu privat beherrschter Technologie, deren Ziel der Shareholder-Value ist. «*Le Monde diplomatique*» schreibt:

*«In den USA wird der Staat grundlegend umgebaut. Tech-Unternehmen wie Palantir und Anduril übernehmen zentrale hoheitliche Aufgaben. Diese «Privatisierung der Souveränität» greift zunehmend auch in Europa.»*

Wahlen und Parlamente bleiben als demokratische Fassade bestehen. Doch die reale Entscheidungsmacht liegt bei den Tech-Konzernen, die Betriebssysteme für Militär, Verwaltung, Finanzen und Kommunikation bereitstellen. Firmen wie Palantir – an den Börsen gefeiert – gewinnen an politischer Bedeutung. Ins öffentliche Bewusstsein dringt dies erst langsam vor.

# Buchbesprechung: Gravierende Gefahren der KI

Rainer Mühlhoff: *Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus* – Reclam-Verlag, 160 Seiten, 8 Euro

## Aus dem Klappentext des Verlages:

*Elon Musk und Donald Trump kündigen massenhaft Verwaltungsmitarbeitern, um einen KI-Staat zu errichten. Tech-CEOs verkaufen künstliche Intelligenz als Heilsbringer für die größten Probleme der Menschheit, obwohl die entsprechende Industrie auf Ausbeutung und Menschenverachtung beruht.*

*Warum lässt sich die Öffentlichkeit durch Spekulation über Erlösung oder Auslöschung durch KI von den erheblichen Schäden durch KI in unserer Gegenwart ablenken? Wie erkennen wir die zunehmend faschistischen Tendenzen, die sich im Zusammenspiel von Tech-Industrie und der neuen Rechten bilden?*

*Rainer Mühlhoff entwickelt Antworten und diskutiert Lösungsansätze.*

In unseren Leitmedien wird KI gern als neue Schlüsseltechnologie für Wachstum und Wohlstand beschworen, verbunden mit der Warnung, dass wenn wir da nicht schnell auf den Zug aufspringen, wir unweigerlich ins Hintertreffen geraten müssten. In dieser aufgeregten Diskussion verschafft die Lektüre des Buches eine wohltuende Beruhigung und Versachlichung, ist aber gleichzeitig ein Weckruf, die gefährlichen Entwicklungen, die mit dem Einsatz von KI schon jetzt und in Zukunft verbunden sind, wahrzunehmen und in die Diskussion einzubringen.

Mühlhoff legt dar, dass KI als „Technologie zur Ansammlung, Sicherung und Ausübung von Macht und Kontrolle“ ohne staatliche Regulierung ein ideales Instrument „für autoritäre oder gar faschistische Zwecke“ darstellt.

Er berichtet, dass es schon seit Jahrzehnten ein Auf und Ab der Diskussion um KI gibt und sie oft mit unrealistischen Erwartungen und abenteuerlichen Heilsversprechen verknüpft war und ist. Allerdings sind heute vielfältige Anwendungen bereits im Gange, die Anlass zur Sorge geben.

Im zweiten Kapitel wird eindrücklich beschrieben, was es bedeutet, wenn Bürger im Rahmen von „Bürokratieabbau“ nicht mehr durch Einzelfallprüfung nach Recht und Gesetz eingestuft werden, sondern durch KI, die im Grunde

eine Wahrscheinlichkeitseinschätzung vornimmt. Die stimmt dann zwar in der großen Mehrheit der Fälle, wird aber den Menschen und ihrer persönlichen Lage nicht unbedingt gerecht.

So kann man viel Personal einsparen, schafft aber Ungerechtigkeiten, gegen die sich gerade die Schwächeren nicht gut wehren können. Heute werden über unzählige digital arbeitende Endgeräte und das Internet die allermeisten Menschen als Datenlieferanten benutzt. Die Daten werden durch KI ausgewertet, verknüpft, klassifiziert und die Lieferanten beobachtet und auch beeinflusst. Dahinter stehen gigantische Tech-Konzerne, in deren Händen sich sehr viel Kapital und Macht ansammelt.

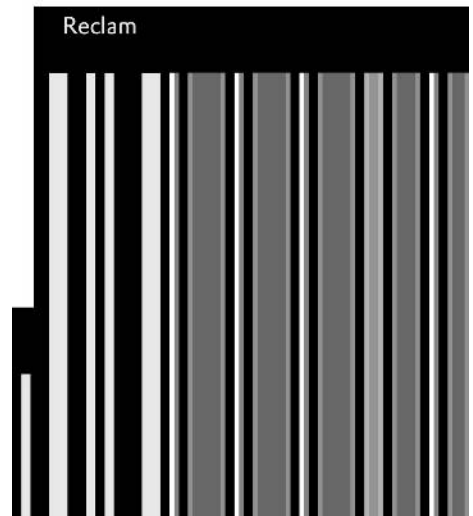
Das vierte Kapitel ist eine Reise durch die Ideologien, die mit den neuen Möglichkeiten künstlicher Intelligenz und der dabei entstehenden Machtansammlung verknüpft sind – gewissermaßen eine Fahrt mit der Geisterbahn. Viele Phantasmen und Ideologien sind direkt oder indirekt mit den Tech-Konzernen und ihren schwerreichen Besitzern verbunden, die sich gern als genialische Gestalter oder Retter der Zukunft sehen.

Sie möchten u. a. die Technik mit dem Menschen verbinden und eine neue, viel „leistungsfähigere“ Spezies schaffen (Transhumanismus). Generell sehen sie Fortschritt meist nur als technischen Fortschritt, für dessen Gestaltung sie zurzeit noch mehr Geld einsammeln wollen. Außerdem wollen sie keinerlei Regulierung und sehen z. B. das Internet wie einen eigenen Kontinent an, in den sich keine Staaten einmischen dürfen, sondern nur diejenigen Spezialisten, die dafür auch qualifiziert sind (Cyberlibertarismus). Viele der Ideologien, die kurz dargestellt werden, sind überheblich, rassistisch und von sozialdarwinistischem Denken geprägt – bis hin zu eugenischen Vorstellungen.

Man begegnet bei der Lektüre des Buches vielen abenteuerlichen „-ismen“, die aber vor allem in der englischsprachigen Welt inzwischen verbreitet sind. Besonders gefährlich

[Was bedeutet das alles?]

## Rainer Mühlhoff Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus



werden sie da, wo sie sich mit den heutigen Rechtspopulisten und staatlicher Macht verbinden und rasant antidemokratisch wirken, wie das in Trumps Amerika der Fall ist. Vor allem darauf bezogen analysiert der Autor die faschistische Gefahr, die dabei entsteht, anhand von drei Kriterien:

1. Ablehnung von Demokratie, Gleichheit, Freiheit und geteiltem Wohlstand sowie Streitkultur;
2. Neigung zu menschenverachtender Gewalt;
3. „Verklärung und instrumentelle Aneignung moderner Technologie als Machtinstrument (Kapitel 6).

Das Buch ist gleichermaßen informativ wie verständlich geschrieben (wobei man etliche Spezialbegriffe und Ismen neu kennenlernt). Ich habe es mit großem Interesse und Gewinn gelesen. Aus meiner Sicht eine notwendige Lektüre, wenn man sich in die Diskussion um KI und insbesondere ihre Regulierung einbringen und dem gegenwärtigen Hype etwas entgegensetzen möchte.

Was mir fehlte, war eine explizite Bezugnahme auf die forcierte Verbindung der KI (und der Tech-Milliardäre) mit der Militärindustrie und die wachsende Bereitschaft, Kriegswaffen auch einzusetzen. Das wäre freilich ein eigenes Buch wert und vielleicht wagt sich dieser kritische Autor ja auch daran demnächst.

Felix Winter

## KI-generiertes Töten: „Wird schon stimmen“

*In Israels Krieg gegen Gaza errechnet Künstliche Intelligenz die Ziele. Die Folge: ein nur vermeintlich präziser Massenmord. Interview mit dem israelischen Informatiker Sebastian Ben-Daniel – von medico International. Das Gespräch führte Yossi Bartal. Dieser Beitrag erschien zuerst im medico rundschreiben 03/2025.*

*medico: Im laufenden Krieg gegen Gaza werden die Ziele israelischer Angriffe durch Künstliche Intelligenz errechnet. Wie funktioniert der Einsatz von solchen KI-Systemen und seit wann werden sie eingesetzt?*

Sebastian Ben-Daniel: Angefangen hat es mit dem palästinensischen Aufstand im Jahr 2016, der auch als Messer- oder Lone-Wolf-Intifada bekannt ist. Damals ging es darum, potenzielle Einzeltäter in den besetzten Gebieten zu identifizieren, schon bevor sie einen Anschlag verüben.

Wenn Sie den 2002 erschienenen Film „Minority Report“ gesehen haben, können Sie sich diese Praxis vielleicht besser vorstellen. Im Grunde war das Ganze ein Versuch, durch das Screening von sozialen Medien und anderen Datenbanken vorhersagende Polizeiarbeit mit KI zu ermöglichen – und zwar im Kontext der Besatzung.

*Wie wurde man durch das Programm zum Verdächtigen?*

Zum Beispiel: Wenn jemand religiöse Posts schrieb. Oder wenn die Stimmung in den Posts überwiegend aggressiv oder traurig war. Oder sogar, wenn jemand sich die Haare schneiden ließ. Es wurde vermutet, man wolle sich besonders anständig in seinem letzten Bild präsentieren.

Anhand dessen wurde damals eine Liste von Tausenden Jugendlichen zusammengestellt, die als verdächtig galten und daraufhin verhaftet wurden...

Man konnte diese Jugendlichen eigentlich nicht wegen solcher Merkmale anklagen. Stattdessen wurden mehrere von ihnen ohne Verfahren in Administrativhaft gesteckt oder wegen „Aufwiegelung“ angeklagt.

Es reichte, etwas gegen die Besatzungsmacht zu schreiben und zu Protest aufzurufen. Eine Demonstration im



Westjordanland ist ja immer illegal. Das Militär glaubte, dass jemand, den man für drei, vier Monate einsperrt, „abkühlt“ und nicht mehr gefährlich ist.

*Waren diese KI-Programme erfolgreich?*

So wurde es zumindest in Militärkreisen dargestellt. Ein Offizier sagte damals, sie wüssten, dass irgendein Teenager ein Terrorist wird, bevor er selbst das weiß. Tatsächlich gab es keinen einzigen Fall, in dem ein identifizierter tatsächlich mit einem Messer in der Hand gefasst wurde.

*Aber das Militär hatte ein Instrument, das zu Tausenden Festnahmen und Razzien führte. Im Grunde war es eine großangelegte Einschüchterungskampagne gegen die Zivilbevölkerung, die aber als im Einzelfall begründet und extrem gezielt galt.*

Genau. Es wurden plötzlich zahlreiche Ziele ausgemacht. Ob diese Ziele im polizeilichen Sinne relevant waren, ist fraglich. Und damit kommen wir zu Gaza. Eine große Schwierigkeit für das Militär während des Angriffs im Jahr 2014 bei der „Operation Protective Edge“ war, dass die sogenannte „Ziele-Bank“, also eine durch große Teams erstellte Liste von militärischen Zielen, sehr schnell erschöpft war.

Sie enthielt 400 bis 500 Ziele und war nach wenigen Tagen zum Großteil abgearbeitet. Dann wussten sie nicht, was sie, rein militärisch, tun sollten. Also brauchten sie ein System, das das automatisch erledigt. Denn der Mensch in der Schleife war viel zu

langsam. Aufgrund dieser Erfahrung wurde ein KI-System entwickelt, das bereits 2021 während des Angriffs auf den Gazastreifen zum Einsatz kam. Es sollte palästinensische Kämpfer anhand zahlreicher Kriterien identifizieren – von Handy-Nutzung, die als verdächtig galt, bis hin zu einem Umzug in eine neue Wohnung – und ihren möglichen Anwesenheitsort für einen Angriff herausfinden.

*2021 waren die zivilen Opferzahlen noch vergleichsweise gering.*

Damals setzten sie das System noch nicht in dem Ausmaß ein wie heute. Es war strenger reguliert. Jeder Zielvorschlag des Systems wurde von einem Menschen überprüft. Zudem war die Zahl der sogenannten „akzeptablen Kollateralschäden“ viel niedriger.

Es handelte sich also noch um ein Experiment. Mit dem Ergebnis war man aber sehr zufrieden, weil das System plötzlich einen Überschuss von „Zielen“ produzierte.

*Meint der ehemalige Generalstabschef Aviv Kochavi das, als er 2022 erklärte, „die Industrialisierung der präzisen Vernichtung“ solle zum leitenden Prinzip der kommenden Auseinandersetzungen werden?*

Es gab eine deutliche Tendenz, die Wirksamkeit solcher KI-Programme zu überschätzen. Sie arbeiten viel mehr quantitativ als qualitativ und sind beispielsweise nicht dafür geeignet, Personen aus der Hamas-Führung zu identifizieren.

Dafür gibt es immer noch menschl-

che Teams. Aber sie erlaubten, unter dem Anschein militärischer Logik viel mehr und viel schneller anzugreifen.

Was seit Oktober 2023 erfolgte, war die fast komplette Automatisierung dieser Systeme. Eine Kontrolle durch Menschen war de facto abgeschafft, es gab nun keine ernstzunehmenden Sicherungen mehr und eine viel höhere Zahl von sogenannten erlaubten Kollateralschäden.

*Offizielle israelische Quellen sprechen immer wieder von gezielten Schlägen und der militärischen Notwendigkeit ihrer Aktionen im Gazastreifen. Wie lässt sich das angesichts der vollständigen Zerstörung und der enormen Zahl ziviler Opfer erklären?*

Wenn man sich Gaza heute anschaut, kann man sich quasi rückwärts erschließen, was die Verantwortlichen der Zerstörung gedacht haben. In einer jüngst veröffentlichten Aufnahme sagt der damalige Chef des Direktorats für militärische Aufklärung (Aman) Aharon Haliva: „Für jeden, der am 7. Oktober getötet wurde, mussten 50 Palästinenser sterben. Es spielt jetzt keine Rolle, ob es Kinder sind. (...) Es gibt dazu keine Alternative“. Wenn 50.000 Tote das eigentliche Ziel war, war der Einsatz von KI-Programmen unerlässlich.

*Das verstehe ich nicht genau...*

Die meisten Todesopfer in Gaza resultieren aus Luftangriffen auf Menschen, die vom KI-System verdächtigt wurden, untergeordnete Hamas-Aktivisten zu sein. Ihre militärische Bedeutung ist gering, aber es sind viele. Und wenn der „Kollateralschaden“ – also Kinder, Nachbarn und Familien dieser Aktivisten – groß genug skaliert ist, wird das Ziel von 50.000 palästinensischen Opfern erreicht.

Algorithmen waren also nicht die Ursache, sondern das Werkzeug. Sie generierten eine exponentielle Zahl neuer Ziele und ermöglichten einen Tötungsmaßstab, den Menschen allein nicht hätten umsetzen können. Die IDF argumentiert, dass jedes Ziel überprüft wurde. Aber die Geschwindigkeit war so hoch, dass diese Überprüfung nur noch ein Alibi gewesen sein kann.

*Warum braucht man diese Technologie, wenn das Ziel ohnehin das Töten ist? Warum nicht einfach wahllos Bomben werfen?*

Das ist der entscheidende Punkt: Die KI gab dieser Tötungsmaschine den Anschein von Legalität und Zielgenauigkeit. Auch im Oktober 2023 konnten die IDF-Kommandeure – wie in vielen historischen Fällen von Genozid – keinen Befehl zur wahllosen Tötung erteilen. Das wäre barbarisch. Sie mussten stattdessen politische Zustimmung generieren.

Ganz zentral ist es auch, den Einsätzen bei den ausführenden Soldaten Legitimität zu verschaffen. Bei den Piloten ebenso wie bei den Zielanalysten der Einheit 8200, die aus eher liberalen Milieus stammen, musste man sicherstellen, dass sie diesen Massensmord ausführen. Dabei musste man sie von mindestens zwei Dingen überzeugen: Zum einen, dass es keine Alternative gibt.

Die massive Bombardierung sei kein Ausdruck mörderischer Ideologie, sondern „faktenbasiert“ – mit dem Vorteil, dass das System angeblich schneller und besser analysiere als jeder Mensch. Zum anderen, dass alles legal ist. So galten die Angriffe, abgesegnet durch die Rechtsabteilung des Militärs, als „verhältnismäßig“, weil der Kollateralschaden – abgesehen von einigen Fällen mit Hunderten Toten bei hochrangigen Zielen – als gering betrachtet wurde gemessen an einer angeblich nahezu unbegrenzten Bedrohung. Denn alle, die mit der Hamas zu tun hätten, müssten liquidiert werden.

*Es gab aber Bilder aus Gaza, auch wenn die israelischen Medien sie nicht gezeigt haben. Hat man die Konsequenzen dieser Aktionen nicht gesehen und verstanden?*

Man muss die Rolle von Militärpropaganda in diesem Krieg verstehen. Es gibt Einheiten und vorgeschobene Organisationen außerhalb des Militärs, deren einzige Aufgabe es ist, Informationen aus Gaza infrage zu stellen – ähnlich wie die Tabakindustrie Zweifel an der Schädlichkeit des Rauchens gesät hat. Man muss keine echten Zahlen liefern. Es reicht, zu be-

haupten, dass es keine verlässlichen Infos gibt. Wenn die Palästinenser etwas sagen, heißt es sofort: Sie lügen, manipulieren oder übertreiben. Es gibt auch eine aktive Unterdrückung des eigenen Denkens. Viele im Sicherheitsapparat sprechen weiterhin vom Krieg und von Kampfstrategien, ohne das tatsächliche Geschehen – die komplette Zerstörung des Gazastreifens – als Resultat des Krieges wahrzunehmen.

*Das ist kaum zu glauben – zumal die Siedlerbewegung und ihre Vertreter die Zerstörungen als messianische Er rungenschaft feiern.*

Ja, im israelischen Diskurs gilt mittlerweile das Militär als „links“. Generäle distanzieren sich von rechtsextremen Genozid-Aufrufen, Piloten von den Gräueltaten einiger Bodeneinheiten mit vielen Siedlern. Dabei wird deren Vision genau von solchen „Liberalen“ mit juristisch abgesegneten KI-Programmen umgesetzt.

*Wenn man über das Verbrechen des Genozids spricht, geht es sehr oft um die Frage einer „Absicht“. Sicherlich wurden viele Entscheidungen in den ersten Monaten von Rachegeilüsten beeinflusst – aber reicht das?*

Ich glaube nicht, dass es einen detaillierten Masterplan gab, der von Anfang an vorsah, einen Genozid zu begehen. Es gab keine Geheimgespräche dazu. Es geschah aber trotzdem, und zwar schrittweise. Vor allem, weil die Welt nichts dagegen unternommen hat. Dieser Freifahrtschein hat auch die Israelis überrascht.

Als vor einem Jahr Rafah überfallen werden sollte, zeigten sich Europa und die USA sehr besorgt. Aber als die Offensive begann und die Stadt am Ende ausgelöscht war, passierte nichts. Da wird die Regierung gedacht haben: Wenn das geht, können wir so weitermachen.

Angesichts der KI-Programme, die im Minutentakt neue Angriffsziele ausgespuckt haben, war auch die sogenannte Ziele-Bank nie erschöpft. In dieser Hinsicht trug die Künstliche Intelligenz dazu bei, den Krieg ewig zu verlängern.

# Bundeswehr und IDF: Vom Gaza-Krieg lernen

Von German Foreign Policy

**Das Deutsche Heer schließt eine enge Kooperationsvereinbarung mit der Israel Defense Force (IDF). Angestrebt werden gemeinsame Ausbildungs- und Übungsmaßnahmen. Die IDF informiert dabei über ihre Erkenntnisse aus dem Gaza-Krieg.**

Dies ist das Ergebnis einer kürzlichen Reise von Heeresinspekteur Christian Freuding nach Israel. Bereits zuvor hatten Innenminister Alexander Dobrindt sowie Israels Premierminister Benjamin Netanjahu eine engere Kooperation in zivil-militärischen Grauzonen vereinbart, insbesondere beim Aufbau eines „Cyber-Dome“, der Deutschland vor Cyberangriffen schützen soll.

Zudem wird eine Zusammenarbeit in der Anwendung von KI vorbereitet, die die israelischen Streitkräfte im Gaza-Krieg unter anderem zur Zielidentifikation nutzten. Berlin und Tel Aviv können an eine jahrzehntelange Zusammenarbeit anknüpfen, die bis in die 1950er Jahre zurückreicht und neben milliardenschweren Rüstungsexporten beider Seiten auch Militärausbildung und gemeinsame Manöver umfasst. Bereits vor Jahren wurde berichtet, die IDF bilde Soldaten des Deutschen Heeres im Häuser- und Tunnelkampf aus – basierend auf ihren umfassenden Einsatzerfahrungen im Gazastreifen.

## Häuser- und Tunnelkampf

Die Rüstungs- und Militärkooperation der Bundesrepublik mit Israel reicht bis in die 1950er Jahre zurück. Damals lieferten deutsche Stellen erste Rüstungsgüter – etwa Patrouillenboote; zudem wurden israelische Soldaten in deren Gebrauch eingewiesen. Die Zusammenarbeit wurde im Lauf der Jahrzehnte intensiviert, vor allem seit den 1990er Jahren<sup>[1]</sup>. Der von Berlin bezuschusste Export teurer deutscher U-Boote hat dazu geführt, dass Deutschland in den Jahren von 2019 bis 2023, gemessen am Wert der Ausfuhren, mit einem Anteil von 30 Prozent Israels zweitgrößter Großwaffenlieferant wurde.

Aus der Bundesrepublik stammen außerdem etwa Motoren (MTU) und Getriebe (Renk) israelischer Merkava-4-

Panzer, wie sie auch im Gaza-Krieg eingesetzt wurden.<sup>[2]</sup> Bei der praktischen Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der Israel Defense Force (IDF) steht ganz besonders die konkrete Einsatzerfahrung der israelischen Truppen im Fokus, die die deutsche Seite für die Fortbildung ihrer Soldaten nutzt.

Bereits vor über zehn Jahren hieß es etwa, rund 110 deutsche Militärs würden in das *Urban Warfare Training Center Tse'elim* entsandt; dort stehe Häuser- und Tunnelkampf auf dem Trainingsprogramm. Im Gazastreifen würden Israels Streitkräften „genau diese Fertigkeiten abverlangt“, hieß es bei der Bundeswehr.<sup>[3]</sup>

## Der Rote Baron

Auf eine lange, intensive Kooperation können längst mehrere Teilstreitkräfte zurückblicken. Galt das Training in Häuser- und Tunnelkampf Einheiten des deutschen Heeres, so nimmt die deutsche Luftwaffe seit 2017 regelmäßig an Blue Flag teil, einem Luftwaffenmanöver, das in Israel unter Beteiligung weiterer Luftwaffen – etwa derjenigen der USA, Großbritanniens, Griechenlands und Indiens – alle zwei Jahre abgehalten wird. Im Jahr 2020 beteiligte sich die Israeli Air Force (IAF) erstmals an Luftkriegsübungen in Deutschland – an Blue Wings sowie an Magdays, einer Übung der Multinational Air Group, die die Bundesrepublik im NATO-Rahmen aufbaut.<sup>[4]</sup>

Der heutige Befehlshaber des Allied Joint Force Command der NATO in Brunssum (Niederlande), General Ingo Gerhartz, hatte seine erste Auslandsreise im Amt des Inspektors der Luftwaffe im Jahr 2018 nach Israel unternommen und war auch auf seiner letzten Auslandsreise in dieser Funktion im Jahr 2025 dorthin zurückgekehrt – ein Beleg für die hohe Bedeutung, die die Luftwaffe der Zusammenarbeit beimisst.

Auf dem israelischen Luftwaffenstützpunkt Tel Nof werden seit 2019 deutsche Drohnenpiloten ausgebildet – in der Red Baron-Staffel. Diese ist nach Manfred von Richthofen („Roter



Baron“) benannt, einem deutschen Kampfflieger des Ersten Weltkriegs, dessen Namen Verbände der deutschen Luftstreitkräfte seit 1939 tragen.

## Rüstungskooperation

Die deutsch-israelische Rüstungskooperation ist seit Beginn des Gaza-Kriegs noch weiter intensiviert worden. So wurde etwa im Dezember in der ostdeutschen Annaburger Heide die erste Einheit des israelischen Arrow 3-Flugabwehrsystems in Dienst gestellt, das die Fähigkeit hat, anfliegende ballistische Raketen außerhalb der Erdatmosphäre abzufangen.<sup>[5]</sup>

Ursprünglich war geplant, Arrow 3-Einheiten für rund 3,5 Milliarden US-Dollar zu erwerben. Im Dezember genehmigte der Bundestag zusätzlich eine Ausdehnung des Projekts; nun sollen Arrow 3-Einheiten für weitere 3,1 Milliarden US-Dollar beschafft werden, was die Kosten auf insgesamt mehr als 6,5 Milliarden US-Dollar in die Höhe treibt.<sup>[6]</sup>

Kritik an dem Kauf ist unter anderem deshalb geäußert worden, weil Experten bezweifeln, dass Arrow 3 Waffen abfangen kann, die aktuell als eine der Hauptbedrohungen für Deutschland gelten – russische Hyperschallraketen. Diese fliegen innerhalb der Erdatmosphäre. Bereits im Oktober hatte die Bundeswehr einen Rahmenvertrag zur Lieferung von 200 leichten Luftlandfahrzeugen des Typs TAHR geschlossen, das auf einem Modell der israelischen Firma IAI Elta basiert und von dieser gemeinsam mit der deutschen FFG (Flensburg)

ger Fahrzeugbau GmbH) hergestellt wird. Die Fahrzeuge haben sich, wie es heißt, bei „den israelischen Special Forces bewährt“ und sollen nun von deutschen Spezialkräften genutzt werden.<sup>[7]</sup>

## Der Cyber-Dome

Zusätzlich zur unmittelbaren Rüstungszusammenarbeit baut die Bundesregierung auch die Kooperation in den zivil-militärischen Grauzonen des sogenannten Dual Use aus. Dazu hielt sich am zweiten Januarwochenende Bundesinnenminister Alexander Dobrindt in Israel auf, wo er mit Premierminister Benjamin Netanjahu eine gemeinsame Erklärung zur intensiveren Kooperation unter anderem in der sogenannten Cybersicherheit unterzeichnete. Dort sei die Zusammenarbeit bereits vorher „exzellent“ gewesen, hieß es im Bundesinnenministerium; Israel sei diesbezüglich außerhalb von NATO und EU „der wichtigste Partner Deutschlands“.

Nun werde Israel der Bundesrepublik auch noch beim Aufbau eines „Cyber-Dome“ helfen. Bei diesem handle es sich um „ein teilautomatisiertes System zur De-

tektion, Analyse und Reaktion auf Cyberangriffe“.<sup>[8]</sup> Konkret gehe es darum, sich „über die Expertise und die Erfahrung bei der Abwehr von Cyberangriffen auszutauschen“, gemeinsam brandneue „Cyber-Abwehr-Technologien zu entwickeln“ und die „Forschung im Cyberbereich“ zu fördern.

Dies solle unter anderem mit dem „Aufbau eines gemeinsamen KI- und Cyberinnovationszentrums“ geschehen. Israel hat umfangreiche Erfahrung nicht nur mit Cyberangriffen, sondern auch mit der Anwendung der KI, die es nicht zuletzt im Gaza-Krieg zur Zielidentifikation eingesetzt hat.

## Kriegsverbrechen

Zu all dem kommt nun auch noch eine systematische Zusammenarbeit zwischen den Landstreitkräften Deutschlands und Israels hinzu. Wie der Inspekteur des Deutschen Heeres, Generalleutnant Christian Freuding, während eines Besuchs in Israel bekanntgab, haben beide Seiten dazu eine Vereinbarung unterzeichnet – „die erste ihrer Art“.<sup>[9]</sup>

Demnach sollen die IDF der Bundeswehr helfen, Frauen in die Truppen zu integrieren. In der Bundeswehr werden regelmäßig teils gewalttätige sexualisierte Übergriffe verübt, die erst kürzlich wieder einen öffentlichen Skandal hervorriefen. Darüber hinaus strebt die Bundeswehr einen Erfahrungsaustausch über die Einbindung von Reservisten an; die IDF mobilisierten für den Gaza-Krieg Hunderttausende von ihnen.

Insbesondere zielt die Vereinbarung jedoch auf eine engere Kooperation in der Ausbildung und in Manövern. Freuding sei von israelischen Militärs über die Erkenntnisse informiert worden, die sie aus dem Gaza-Krieg gezogen hätten, teilt die IDF mit.<sup>[10]</sup>

Die IDF ist international für ihre gravierenden Kriegsverbrechen im Gazastreifen kritisiert worden, die von der Nutzung von Zivilisten als menschliche Schutzschilde über willkürliche Morde an Sanitätspersonal bis zum Aushungern der Bevölkerung des Gazastreifens reichen.

## Ökozid im Westjordanland

Masafer Yatta ist die südlichste Region des von Israel seit 1967 besetzten Westjordanlandes. Palästinenser leben hier seit Generationen als Bauern und Viehhirten in kleinen Dörfern.

Israel versucht seit Jahrzehnten, die palästinensische Bevölkerung von dort zu vertreiben. Eine seit langem praktizierte Methode dafür ist die fast ausnahmslose Verweigerung von Baugenehmigungen für PalästinenserInnen und die Demolierung jener Gebäude, die zwangsläufig ohne Baugenehmigung errichtet wurden. In der Regel handelt es sich dabei um sehr einfache Wohnhäuser, landwirtschaftliche Gebäude oder Dorf-Infrastruktur, zum Beispiel Schulen.

Zeitgleich sprießen in derselben Gegend illegale jüdische Siedlungen wie die Pilze aus dem Boden. Der mit einem Oscar ausgezeichnete palästinensisch-israelische Dokumentarfilm *No Other Land* zeigt eindrücklich den zermürbenden Widerstand der Dorfbewohner gegen die Bürokratie des israelischen Apartheid-Systems und die Angriffe der gewalttätigen jüdischen Siedler.

*No Other Land* wurde vor dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023

gedreht. Seither hat sich die Lage für die palästinensische Bevölkerung in Masafer Yatta – und eigentlich im gesamten Westjordanland – noch einmal drastisch verschlechtert.

Zahllose Berichte habe ich gelesen über Angriffe auf Menschen (bis hin zum Mord), über Diebstahl, Raub, Vandalismus und Brandlegung. Auch die Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen ist nichts Neues: Eingebrennt in mein Gedächtnis haben sich Bilder von brennenden Feldern, ausgerissenen Setzlingen und Olivenbäumen, die umgeschnitten oder mit einem Bulldozer entwurzelt wurden. Neu ist für mich aber der Einsatz von Gift. Hier ein aktueller Bericht darüber:

„Die chemische Kriegsführung der Siedler weitet sich aus. Inzwischen wurden Hunderte von Dunam mit einer verdächtigen chemischen Substanz besprüht, die Pflanzen umbringt (siehe Foto). [1 Dunam = ca. 919 m<sup>2</sup>]. [...] Es gibt auch mehrere Berichte [...] über Schafe, die ohne erkennbaren Grund verendet sind oder Fehlgeburten erlitten. Die Ausbringung des Gifts erfolgt meist mit Drohnen. Drohnen, die groß genug für die Ausbringung von Chemikalien sind, brauchen eine Fluggenehmigung der Armee, und ihre Flüge werden von der Armee überwacht. Es wäre also im

*Prinzip leicht für die Polizei und die Armee, die mutmaßlichen Täter zu ermitteln, wenn sie daran Interesse hätten. Aber die Polizei ist nicht einmal bereit, Bodenproben zu nehmen.“*

Dies ist ein Ausschnitt aus einem Bericht über gegen Palästinenser gerichtete Aktionen in Masafer Yatta im Zeitraum von 6. bis 12. Februar. Hier die Bilanz einer einzigen Woche:

> Am 6. Februar entleerte ein Siedler den Wassertank einer Familie in Tuba.

> Ebenfalls am 6. Februar stahlen Siedler in Umm al-Kheir ein Auto.

> Am 7. Februar zerstachen israelische Soldaten alle Reifen von zwei Autos.

> Am 8. Februar zapften Siedler eine palästinensische Wasserleitung an und leiteten das Wasser zu ihrem Außenposten.

> Ebenfalls am 8. Februar stoppte die Armee die Errichtung eines Fußballplatzes in Umm al-Kheir.

> Am 10. Februar demolierte die Armee fünf Häuser und konfiszierte ein Zelt. Dabei wurde ein Lamm überfahren.

> Am 11. Februar demolierten Siedler ein Auto. [...]

Quelle: siehe [umwelt-militaer.org](http://umwelt-militaer.org)

# „Das Desinformationsanktionsregime der Europäischen Union“

von Marcus Klöckner

*Gekürzte Fassung eines Beitrages, der am 19.2.26 bei den Nachdenkseiten erschienen ist.*

*„Ich bin übrigens auch Ihnen, Herr Warweg, dankbar dafür, dass Sie immer wieder bekannt machen, dass es diese Sanktionen gibt und dass es dieses Sanktionsregime gibt. Denn klar ist: Denjenigen, die das unterlaufen, muss bekannt sein, dass das Ganze mit Kosten verbunden ist und womit dann zu rechnen ist“*

Das sagte Josef Hinterseher, der Sprecher des Auswärtigen Amtes, aktuell auf der Bundespressekonferenz. Sagen wir es geradeheraus: Die Meinungs- und Pressefreiheit ist in Lebensgefahr. Wenn Journalisten von der EU aufgrund der Verbreitung von sogenannter „Desinformation“ sanktioniert werden, ist sowohl die Meinungs- als auch die Pressefreiheit bald am Ende.

„Das Desinformationsanktionsregime der Europäischen Union“ – das sind die gewählten Worte des Sprechers des Auswärtigen Amtes, während er sich gegenüber anwesenden Journalisten auf der Bundespressekonferenz zu politisch in „Ungnade“ Gefallenen äußert.

Das „Desinformationsanktionsregime“ – bei diesem Wortmonster braucht es keiner Entschlüsselung von Sprache. Das Monströse zeigt sich offen. Dennoch, nur um es jedem vor Augen zu führen: Der Begriff „Regime“ kommt aus dem Französischen. Er bedeutet „Herrschaft“ oder „Lenkung“. In unserem Sprachverständnis bezieht sich der Ausdruck in erster Linie auf autoritäre Regierungen. Ein „Regime“ – das ist nicht demokratisch, es agiert totalitär, diktatorisch, vielleicht gar faschistisch.

Die Hintergründe sind offensichtlich. Vielen Regierungen schmeckt nicht, dass es da draußen Journalisten, Autoren und Bürger gibt, die politische „Wahrheiten“ auf eine Weise hinterfragen, wie es herrschaftsnahe Medien nicht tun. Aus diesem Grund greift die Politik zum „Zauberhut“. Allerdings zaubert sie kein weißes Kaninchen hervor, sondern ein Desinformationsanktionsregime.

„Desinformation“ – das ist das Zauberwort, mit der die Politik versucht, den Verstand der Öffentlichkeit zu manipulieren. Desinformation – das ist der böse

Bruder der Information. Platt ausgedrückt: Information gut, Desinformation schlecht.

Intellektuell beschämend, weil die Ansichten darüber, was Information und Desinformation ist, nun mal auseinandergehen. Die Information für den einen ist die Desinformation für den anderen – und umgekehrt. Am langen Ende mag es eine objektive Wahrheit geben, was nun Information und Desinformation ist, allerdings: Beide Begrifflichkeiten sind Bestandteil von handfesten politischen Kämpfen. Und: Gerade dann, wenn es um große „Ereignisse“ geht, ist es bisweilen schwierig, zu bestimmen, was nun die ultimative Wahrheit ist.

Sind Hinweise darauf, dass Kennedy vom „tiefen Staat“ ermordet wurde, Information oder Desinformation? Sind Anhaltspunkte, wonach Coronaimpfstoffe schwere Nebenwirkungen haben werden, Information oder Desinformation? Waren Aussagen, wonach der Irak nicht über Massenvernichtungswaffen verfügt, Information oder Desinformation?

Etwas Grundlegendes wird deutlich: Das Schlimmste, was der Meinungs- und Pressefreiheit in einer Demokratie zugemutet werden kann, ist eine Politik, die sich die Position des Schiedsrichters anmaßt. Eine Politik, die durch ein „Regime“, das „Sanktionen“ gegen angebliche Verbeiter von Desinformation verhängt und bestimmt, was Information und Desinformation ist, kommt einem Orwell'schen Albtraum gleich.

Wenn der Politik bestimmte Ansichten nicht passen, dann hat sie darauf so zu reagieren, wie es die Demokratie verlangt: Mit überzeugenden Argumenten, die der Öffentlichkeit vor Augen führen, warum bestimmte Aussagen angeblich Desinformation sein sollen. Einer freien, offenen Gesellschaft hat es dann selbst überlassen zu sein, wie sie damit umgeht.

Das Problem, vor dem die Politik aber steht, ist: Sie hat keine Argumente. Oder genauer: Das, was sie in unerträglicher Unverschämtheit als Argumente anführt, ist unterm Strich viel zu oft genau das, wovon sie warnt, nämlich Desinformation!

Im Wesen der Politik liegt nun einmal die Propaganda. Bereits in jedem Wahlkampf ist Propaganda angelegt. Die gesamte Politik ist durchdrungen von Propaganda. Jede Partei rührt ihre eigene Propagandasuppe an – die mitunter schmecken mag oder auch nicht. Und wo Propaganda ist, ist Desinformation nicht weit.

Das große „Dilemma“ der vorherrschenden Politik kommt zum Vorschein. Sie kann ihre eigenen Halbwahrheiten, Lügen, Fehl- und Desinformationen nicht mit demokratischen Mitteln verteidigen. Im Kreise naiver Bürger und ihr gefälliger Ideologen mag sie noch punkten, wenn sie von einer „nebenwirkungsfreien“ Impfung spricht oder von einer „russischen Bedrohung“. Auf dem Feld der Demokratie, wo solide Argumente auf solide Gegenargumente treffen, hat sie den Kampf bereits vor Jahrzehnten verloren.

Sie kann davon sprechen, wie auf der Pressekonferenz, dass es Personen gibt, die die Meinungs- und Pressefreiheit versuchen „zu unterlaufen“, und begreift dabei noch nicht einmal, dass eine Meinung überhaupt gar nicht die Meinungsfreiheit unterlaufen kann. Sie kann auch davon sprechen, dass es „staatliche Akteure gibt, die versuchen, die Presse- und Meinungsfreiheit in Europa als Ganzes zu unterlaufen“ – offenbart damit aber intellektuelle Dürftigkeit, denn: Staaten haben nun mal Interessen und versuchen, „Überzeugungsarbeit“ zu leisten.

Vor einigen Jahren war zu lesen, dass allein das Pentagon über 27.000 PR-Berater verfügt, die versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Das Budget bewegt sich im Milliardenbereich, auch die gezielte Beeinflussung ausländischer Gruppen ist für die USA Programm. Russland und andere Staaten mögen ähnlich agieren – aber Staaten, die ein Desinformationsanktionsregime errichten, verlassen den Boden der Demokratie. Was übrig bleibt, sind die Mittel des Autoritären. Und damit werden diese Staaten zu dem, was sie vorgeben zu verdammen.

## Buchbesprechung: EU-Sanktionen gegen Personen als selektives Kriegsrecht

*Buchbesprechung: Hannes Hofbauer: Aller Rechte beraubt, Promedia-Verlag, 2026, 224 Seiten, 22 Euro.*

Hannes Hofbauer hat in den letzten Jahren mehrere Bücher verfasst, die sich aus seiner Perspektive als Historiker mit aktuellen Entwicklungen befassen, so z.B. mit dem Wirtschaftskrieg gegen Russland (FJ Nr. 6/2024) und über Zensur (FJ Nr. 2/2022). Damit kann sein Buch über außergerichtliche EU-Sanktionen quasi als Fortsetzung der vorgenannten Buchveröffentlichungen angesehen werden.

Hofbauer geht dabei mit historischen Beispielen bis ins Mittelalter zurück, als Menschen für vogelfrei erklärt wurden. In der Neuzeit wurden Ausbürgerungen dann zum Mittel der Repression. Insbesondere die Nationalsozialisten machten damit unliebsame Personen zu Staatenlosen.

Eine weitere rechtliche Grauzone entstand zu Beginn dieses Jahrhunderts mit den Terrorlisten der USA, die in Brüssel Nachahmer fanden – etwa gegen baskische Separatisten, kurdische Freiheitskämpfer und islamistische Gotteskrieger.

Nach diesem relativ kurzen Abriss geht Hofbauer vor allem auf die Sanktionen ein, die seit 2014 gegen Russland verhängt wurden. Mit Wirtschaftssanktionen hat sich der Autor in seinem früheren Buch bereits ausgiebig befasst. Die neuen Sanktionen richteten sich nun auch gegen russische Oligarchen und deren Vermögen innerhalb der EU. (Inzwischen haben diese ihr Vermögen komplett nach Russland zurückverschoben bzw. tragen dort mit Investitionen zur Wirtschaftsbelebung bei.) Teilweise führte das zu Gegenreaktionen Moskaus, indem dort Listen mit unerwünschten Personen angelegt wurden.

In einem weiteren Kapitel werden die Personalien der oppositionellen EU-Bürger behandelt. Im Detail betraf das mit der 17. Sanktionsliste der EU mehrere Journalisten, mit den in Russland lebenden deutschen Staatsbürgern Alina Lipp und Thomas Röper.

Bekannt ist Thomas Röper durch sein recht erfolgreiches Medium Anti-Spiegel. Man kann ihn zwar (zu Recht) kritisch sehen, da er durchweg pro-russische Sichtweisen bringt, aber neben seinen eigenen Analysen auch viele deutsche Übersetzungen von russischen

Meinungsbeiträgen, die Röper für relevant hält.

Besonders heftig hat es mit diesem 17. Sanktionspaket den in Berlin lebenden Hüseyin Dođru getroffen. Seinem Medium RED wurde zum Vorwurf gemacht, dass er mit der dort vorhandenen Palästina-Solidarität eine verdeckte russische Agenda verbreite, mit welcher die EU destabilisiert würde.

Ihm und seiner zu versorgenden Familie wurden die Bankkonten gesperrt, womit er nicht nur in einen sozialen Tod getrieben wurde, sondern die gesamte Familie mit zwei Kleinkindern um ihre physische Existenz bangen muss. Jegliche Unterstützung für ihn – ebenso wie für andere Betroffene – ist zudem strafbar.

Eine nochmalige Steigerung ergab sich schließlich Mitte Dezember mit der Sanktionierung von Jaques Baud, einem Schweizer Staatsbürger, der in Belgien lebt. Zu unserer Buchbesprechung in FJ 5/2023 („Putin – Herr des Geschehens“) haben wir damals geschrieben:

*„Glaubwürdig sind Politikwissenschaftler, die nicht (mehr) auf der Gehaltsliste eines der unzähligen Think Tanks diesseits und jenseits des Atlantiks stehen. Deren Positionen sind in unseren Leitmedien allerdings kaum zu finden. Noch mehr gilt dieses aber für ehemalige Militärs und Geheimdienst-Analysten, die das Kriegsgeschehen sachlich-nüchtern und ohne politische Voreingenommenheit beurteilen. Beispielhaft dafür steht das Buch von Jacques Baud....“*

Alle in einem kurzen Text im EU-Sanktionspaket gegen Jaques Baud erhobenen Vorwürfe konnten von ihm als falsch zurückgewiesen werden.

Hofbauer verweist auf die generellen Folgen für die Sanktionierten: Ohne Geldmittel ist nicht nur der Lebensunterhalt extrem gefährdet, sondern es fehlen natürlich auch Geldmittel für Anwälte. Die Betroffenen sind damit tatsächlich „Aller Rechte beraubt“, womit der Titel des Buches sehr treffend die Konsequenzen beschreibt.



Hofbauer weist darauf hin, dass nicht nur die hier geübte Praxis erschreckend ist, sondern die schwache öffentliche Reaktion. Immerhin gibt es seit Anfang d.J. einen Aufruf, der online unter [www.free-baud.org](http://www.free-baud.org) unterstützt werden kann, mit aktuell weit über 20.000 Unterschriften.

In seinem Fazit der geschilderten Fälle bezeichnet Hofbauer die Sanktionen als „selektives Kriegsrecht“. Dieses ist zweifellos eine gute Umschreibung des seit nunmehr über mehr als 10 Jahren erfolgenden Sanktionsregimes der EU.

Wünschenswert wäre an dieser Stelle aber gewesen, wenn der Autor auf den Begriff Kriegsrecht selbst noch näher eingegangen wäre. Schließlich gibt es in Deutschland auch seit den 1960er Jahren die damals gegen außerparlamentarisch heftigen Widerstand eingeführten Notstandsgesetze. Diese schränken zwar unter schwammig formulierten Voraussetzungen die Grundrechte ein, nicht jedoch direkt die Meinungsfreiheit.

Außerdem: Deutschland und die EU sind (noch) nicht im Kriegszustand mit Russland, was für einen umfassenden „Notstand“ ja formale Voraussetzung wäre. Das inzwischen eskalierende und inzwischen alle kritischen Journalisten bedrohende „selektive Kriegsrecht“ kann deshalb als Baustein der aktuellen Kriegsvorbereitungen angesehen werden.

Das Ende 2025 verfasste Buch von Hannes Hofbauer ist deshalb eine wichtige Lektüre im Widerstand gegen diese Entwicklung.

*Karl-Heinz Peil*

# Vorkrieg gegen den Iran: Tödliche Unruhen und die westlichen Medien

von Max Blumenthal und Wyatt Reed

Der nachfolgende Beitrag erschien am 12.1.2026 auf der US-Plattform *The Grayzone* unter dem Originaltitel: „*Western media whitewashes deadly riots in Iran, relying on US govt-funded regime change NGOs.*“ Wir haben diesen mit Kürzungen in deutscher Übersetzung hier übernommen.

Während tödliche Unruhen iranische Städte erschüttern, ignorieren westliche Medien die schockierende Welle der Gewalt und beziehen ihre Informationen stattdessen von NGOs, die von der US-Regierung finanziert werden.

Die westlichen Medien haben eine wachsende Zahl von Videoaufnahmen ignoriert, die terroristische Taktiken von Demonstranten zeigen, die von Amnesty International und Human Rights Watch als „weitgehend friedlich“ beschrieben werden. Kürzlich veröffentlichte Videos sowohl der iranischen Staatsmedien als auch der regierungsfeindlichen Kräfte zeigen öffentliche Lynchmorde an unbewaffneten Wachleuten, die Brandstiftung an Moscheen, Brandanschläge auf städtische Gebäude, Marktplätze und Feuerwachen sowie bewaffnete Banden, die im Zentrum iranischer Städte das Feuer eröffnen.

Stattdessen haben sich die westlichen Medien fast ausschließlich auf die Gewalt konzentriert, die der iranischen Regierung zugeschrieben wird. Dabei stützen sie sich stark auf Todeszahlen, die von iranischen Diasporagruppen zusammengestellt wurden, die vom *National Endowment for Democracy (NED)* finanziert werden, dem Regimewechsel-Arm der US-Regierung, dessen Vorstände mit engagierten Neokonservativen besetzt sind.

Die NED hat sich die Förderung der „*Woman, Life, Freedom*“-Proteste auf die Fahnen geschrieben, die 2023 die iranischen Städte erfüllten – und die auch grausame Gewalttaten beinhalteten, die von den westlichen Medien und Menschenrechts-NGOs ignoriert wurden. Heute ist die NED bei weitem nicht die einzige unter den mit den Geheimdiensten verbundenen Akteuren, die versuchen, das Chaos im Iran anzuheizen.

Die israelische Spionage- und Attentatsagentur Mossad veröffentlichte auf ihrem offiziellen Farsi-Account auf Twit-

ter/X eine Botschaft, in der sie die Iraner dazu aufforderte, ihre Aktivitäten zum Regimewechsel zu verstärken, und ihnen versprach, sie vor Ort zu unterstützen.

„*Geht gemeinsam auf die Straße. Die Zeit ist gekommen*“, forderte der Mossad die Iraner auf. „*Wir sind bei euch. Nicht nur aus der Ferne und mit Worten. Wir sind vor Ort bei euch.*“

## Teheran durch Terror stürzen

Anfang Januar 2026 kam es im Iran zu Protesten, als Händler auf die Straße gingen, um gegen die durch westliche Sanktionen ausgelöste steigende Inflation zu demonstrieren. Die iranische Regierung reagierte mit Verständnis auf die Basarproteste und stellte ihnen Polizeischutz zur Verfügung. Diese Demonstrationen lösten sich jedoch schnell auf, als eine amorphe Masse von regierungsfeindlichen Elementen den Moment nutzte, um einen gewaltsamen Aufstand zu starten, der von Regierungen von Israel bis zu den USA – und vom selbsternannten „Kronprinzen“ Reza Pahlavi, der Regierungsmitarbeiter und staatliche Medien als „legitime Ziele“ bezeichnet hat – angefeuert wurde.

Am 9. Januar wurde die Stadt Mashhad zum Schauplatz einiger der heftigsten Unruhen, als regierungsfeindliche Kräfte Feuerwachen in Brand setzten, Feuerwehrleute lebendig verbrannten, Busse anzündeten, Stadtarbeiter angriffen, U-Bahn-Stationen verwüsteten und laut Angaben der örtlichen Stadtverwaltung Schäden in Höhe von über 18 Millionen Dollar verursachten.

In Kermanshah, wo regierungsfeindliche Randalierer die 3-jährige Melina Asadi erschossen, wurden Gruppen von Militanten gefilmt, wie sie mit automatischen Waffen auf Polizisten schossen. In Städten von Hamadan bis Lorestan haben Randalierer sich selbst dabei gefilmt, wie sie unbewaffnete Sicherheitskräfte zu Tode prügeln, weil diese versucht hatten, ihre Ausschreitungen zu verhindern.

Keiner dieser und anderer Vorfälle hat Reaktionen seitens westlicher Medien oder Regierungen hervorgeru-

fen, selbst nachdem das iranische Außenministerium Botschafter aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien dazu verpflichtet hatte, sich Aufnahmen der von Randalierern verübten Gewalttaten anzusehen. Nach Angaben der iranischen Regierung wurden während der Unruhen über 100 Polizisten und Sicherheitsbeamte getötet.

## Lobbyisten für Regime Change bestimmen die Agenda

Bei der Einschätzung der Zahl der Todesopfer im Iran stützen sich Medien in den USA und Europa auf zwei NGOs mit Sitz in Washington, die von der US-Regierungsorganisation *National Endowment for Democracy (NED)* finanziert werden: das *Abdollah Boroumand Center for Human Rights* in Iran und *Human Rights Activists* in Iran.

In einer Pressemitteilung der NED aus dem Jahr 2024 wurde das *Abdollah Boroumand Center for Human Rights in Iran* ausdrücklich als „*Partner der National Endowment for Democracy (NED)*“ bezeichnet.

An anderer Stelle heißt es in einer Erklärung von *Human Rights Activists* in Iran aus dem Jahr 2021, dass die Gruppe „*ihr Netzwerk erweitert und beschlossen hat, finanzielle Unterstützung von der National Endowment for Democracy (NED), einer nichtstaatlichen und gemeinnützigen Organisation mit Sitz in den Vereinigten Staaten, anzunehmen*“, nachdem sie 2010 von der iranischen Regierung der Verbindungen zur CIA beschuldigt worden war.

Die NED wurde unter der Aufsicht des CIA-Direktors der Reagan-Regierung, William Casey, gegründet, um der Regierung trotz des weit verbreiteten Misstrauens gegenüber den US-Geheimdiensten die Fortsetzung ihrer Einmischung im Ausland zu ermöglichen. Einer ihrer Gründer, Allen Weinstein, gab bekanntlich zu: „*Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren heimlich von der CIA getan.*“

Obwohl sie die Finanzierung der NGO durch die NED nicht erwähnen, haben die *Washington Post* und *ABC News* in ihrer Berichterstattung über die iranischen Proteste das *Abdollah Boroumand Center* prominent zi-

tiert. Im Vorstand des Centers sitzt Francis Fukuyama, der Ideologe, der den Gründungsbrief des *Project for a New American Century* unterzeichnet hat – das vielleicht wichtigste Manifest des modernen Neokonservatismus.

Die Zahlen der suggestiv benannten „*Human Rights Activists in Iran*“ haben eine noch größere Verbreitung gefunden, da die jüngste Schätzung der NGO von 544 Todesopfern von Dutzenden US-amerikanischen und israelischen Mainstream-Medien aller politischen Richtungen sowie von Dropsite zitiert wurde. Auch die „Schatten-CIA“-Nachrichtendienstfirma Stratfor hat die NGO in einem Artikel mit dem Titel „*Protests in Iran Provide a Window for U.S. and/or Israeli Intervention*“ (Proteste im Iran bieten eine Gelegenheit für eine Intervention der USA und/oder Israels) zitiert.

Da die genaue Zahl der Opfer der Proteste nach wie vor schwer zu ermitteln ist, hat eine bunte Gruppe von Online-Influencern die Informationslücke mit übertriebenen Behauptungen aus zweifelhaften Quellen gefüllt. Zu diesen Propagandisten gehört auch die bekannte jüdische Supremacistin und Trump-Vertraute Laura Loomer, die unter Berufung auf eine angebliche „Quelle aus dem Geheimdienst“ verkündete, dass „die Zahl der iranischen Demonstranten, die von den Streitkräften des islamischen Regimes getötet wurden, mittlerweile über 6.000 liegt!“.

Auch die digitale Wettplattform (Casino) Polymarket hat die Zahl der Todesopfer aufgebläht und ohne Quellenan-

gabe behauptet, dass „über 10.000“ Menschen von „iranischen Streitkräften [mit] automatischen Gewehren auf Demonstranten“ getötet worden seien, und fälschlicherweise behauptet, dass der Iran „fast die gesamte Kontrolle“ über drei seiner fünf größten Städte verloren habe.

In den letzten Monaten ist Polymarket dafür berüchtigt geworden, dass es Insidern ermöglicht, ihr Vorwissen über politische Entwicklungen – wie den jüngsten Militärangriff der USA auf Caracas und die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro – zu missbrauchen, um Hunderttausende von Dollar einzustreichen. Der selbsternannte „weltweit größte Prognosemarkt“ wurde mit einer großen Investition des KI-Warlords Peter Thiel gegründet und hat nun Donald Trump Jr. als Berater.

In einer Einschätzung der Proteste vom 7. Januar beschrieb Stratfor das Chaos auf den Straßen des Iran als verlockende Gelegenheit für einen Krieg und schrieb: „Auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass das Regime zusammenbricht, könnten die anhaltenden Unruhen Israel oder den Vereinigten Staaten die Tür öffnen, um verdeckte oder offene Aktivitäten durchzuführen, die darauf abzielen, die iranische Regierung weiter zu destabilisieren, entweder indirekt durch die Förderung der Proteste oder direkt durch militärische Aktionen gegen iranische Führer.“

Der CIA-Auftragnehmer räumte jedoch ein, dass „erneute Militärschläge

gegen den Iran wahrscheinlich auch der aktuellen Protestbewegung ein Ende setzen würden, indem sie stattdessen zu einer breiteren Demonstration des iranischen Nationalismus und der Einheit führen würden, ein Muster, das nach den US-amerikanischen und israelischen Angriffen im Jahr 2025 zu beobachten war.“

### „Bereit zum Abschuss“

Die jüngste Runde der regierungsfeindlichen Proteste im Iran hat, wie zu erwarten war, herzliche Unterstützung von einer Reihe westlicher Staats- und Regierungschefs erhalten, darunter der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und US-Präsident Donald Trump.

„Wenn der Iran, wie es seine Gewohnheit ist, friedliche Demonstranten erschießt und gewaltsam tötet, werden die Vereinigten Staaten von Amerika ihnen zu Hilfe kommen“, verkündete Trump. „Wir sind bereit zum Abschuss und können loslegen.“

Nachdem sich der Staub gelegt hat, strömen Millionen iranischer Bürger auf die Straßen von Teheran bis Maschhad, um ihre Empörung über die Unruhen zum Ausdruck zu bringen, die ausländischen Kräfte anzuprangern, die den Regimewechsel vorangetrieben haben, und ihre Unterstützung für die Regierung zu bekunden. In den Nachrichtenredaktionen des Westens scheint es jedoch verboten zu sein, diesen Massen iranischer Demonstranten eine Stimme zu geben.

## Aus einem Bericht im Lokalteil FR vom 2.3.2026 (ohne Kommentar)

Am Tag, an dem der Krieg ausbricht, zeigt sich der Rathenauplatz in Partylaune. Und das liegt nicht an der Band, die dort gerade spielt, die ist bloß zufällig anwesendes schmückendes Beiwerk. Es liegt an den Menschen, deren Zahl am frühen Nachmittag stetig wächst und die fast alle ein glückseliges Lächeln tragen. Viele haben sich in iranische Flaggen gehüllt, aber nicht die der Islamischen Republik, sondern die alte royalistische mit dem güldenen Leu mit Säbel in der Vorderpfote. [...] Es wird gefeiert mit im wahrsten Sinne des Wortes Pauken und Trompeten und allem, was sonst noch Krach macht. Die Menschen jubeln, es ist ein

tosendes Fahnenmeer, erst nur iranische und auch etliche israelische, später kommt noch eine ukrainische, eine deutsche und eine US-Flagge dazu. Die Rockband spielt noch schnell einen Song namens „Freedom“, dann gibt sie den ungleichen Kampf leichten Herzens auf. „So hören sich Menschen an, die frei werden“, sagt der Sänger, stellt den Gesang ein und schnappt sich eine Israelfahne zum Mitschwenken. Eine Frau betritt die Bühne. „Heute hat ein Krieg gegen das iranische Regime begonnen“, ruft sie, als der Jubel sich halbwegs gelegt hat: „Wir sind sehr erfreut, dass es diese Anschläge gegeben hat – so paradox das klingen mag.“ [...]

## Party statt angekündigter Demonstration

In der Frankfurter Innenstadt wird der Anblick von nicht nur von der Diaspora aus tribunell bedient

**WIKISTAFF**  
Am Freitag, an dem der Krieg ausbricht, zeigt sich der Rathenauplatz in Partylaune. Und das liegt nicht an der Band, die dort gerade spielt, die ist bloß zufällig anwesendes schmückendes Beiwerk. Es liegt an den Menschen, deren Zahl am frühen Nachmittag stetig wächst und die fast alle ein glückseliges Lächeln tragen. Viele haben sich in iranische Flaggen gehüllt, aber nicht die der Islamischen Republik, sondern die alte royalistische mit dem güldenen Leu mit Säbel in der Vorderpfote. [...] Es wird gefeiert mit im wahrsten Sinne des Wortes Pauken und Trompeten und allem, was sonst noch Krach macht. Die Menschen jubeln, es ist ein

Am Freitag, an dem der Krieg ausbricht, zeigt sich der Rathenauplatz in Partylaune. Und das liegt nicht an der Band, die dort gerade spielt, die ist bloß zufällig anwesendes schmückendes Beiwerk. Es liegt an den Menschen, deren Zahl am frühen Nachmittag stetig wächst und die fast alle ein glückseliges Lächeln tragen. Viele haben sich in iranische Flaggen gehüllt, aber nicht die der Islamischen Republik, sondern die alte royalistische mit dem güldenen Leu mit Säbel in der Vorderpfote. [...] Es wird gefeiert mit im wahrsten Sinne des Wortes Pauken und Trompeten und allem, was sonst noch Krach macht. Die Menschen jubeln, es ist ein

Am Freitag, an dem der Krieg ausbricht, zeigt sich der Rathenauplatz in Partylaune. Und das liegt nicht an der Band, die dort gerade spielt, die ist bloß zufällig anwesendes schmückendes Beiwerk. Es liegt an den Menschen, deren Zahl am frühen Nachmittag stetig wächst und die fast alle ein glückseliges Lächeln tragen. Viele haben sich in iranische Flaggen gehüllt, aber nicht die der Islamischen Republik, sondern die alte royalistische mit dem güldenen Leu mit Säbel in der Vorderpfote. [...] Es wird gefeiert mit im wahrsten Sinne des Wortes Pauken und Trompeten und allem, was sonst noch Krach macht. Die Menschen jubeln, es ist ein

Am Freitag, an dem der Krieg ausbricht, zeigt sich der Rathenauplatz in Partylaune. Und das liegt nicht an der Band, die dort gerade spielt, die ist bloß zufällig anwesendes schmückendes Beiwerk. Es liegt an den Menschen, deren Zahl am frühen Nachmittag stetig wächst und die fast alle ein glückseliges Lächeln tragen. Viele haben sich in iranische Flaggen gehüllt, aber nicht die der Islamischen Republik, sondern die alte royalistische mit dem güldenen Leu mit Säbel in der Vorderpfote. [...] Es wird gefeiert mit im wahrsten Sinne des Wortes Pauken und Trompeten und allem, was sonst noch Krach macht. Die Menschen jubeln, es ist ein



Frau Anblick, an den man sich gerne gewöhnen würde: Iran und Israel ausnahmsweise mal seit' an Seit'.

**Bildunterschrift: Ein Anblick, an den man sich gerne gewöhnen würde: Iran und Israel ausnahmsweise mal seit' an Seit'.**

# Iran: Entgrenzter Krieg

von German Foreign Policy

**Die Bundesregierung stärkt den USA und Israel bei deren Angriffskrieg gegen Iran den Rücken und trägt damit zur weiteren Auflösung des Völkerrechts bei. Morde an führenden Staatsvertretern werden gängige Praxis für künftige Kriege.**

## Bomben, Bomben, Bomben

Bei dem Angriffskrieg der Vereinigten Staaten und Israels gegen Iran handelt es sich bereits um den zweiten innerhalb von neun Monaten; schon im Juni vergangenen Jahres hatten beide Länder Iran schwer bombardiert. Der Angriffskrieg verlängert die Liste der Überfälle, die die Trump-Administration in nicht einmal 14 Monaten verübt hat, weiter.

Bisher attackierte sie außer Iran auch Syrien, den Irak, den Jemen, Somalia, Nigeria und Venezuela; außerdem beschießt sie seit September vergangenen Jahres regelmäßig Boote in der Karibik, von denen sie ohne jeden Beleg behauptet, sie dienten dem Drogenschmuggel.

Den Bootsmorden sind bislang laut Zählung der New York Times 150 Menschen zum Opfer gefallen.<sup>[1]</sup> Zu den militärischen Überfällen kommt die Verschleppung des amtierenden Präsidenten Venezuelas, Nicolás Maduro, ebenso hinzu wie die vollständige Strangulierung Kubas per Blockade.

Israel wiederum bombardiert seit dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 willkürlich den Libanon, Syrien, den Irak und den Jemen. Es hat inzwischen – zusätzlich zu den Golan-Höhen –

weitere Teile Syriens okkupiert, bereitet die Annexion des Westjordanlandes vor und hat seit Beginn des offiziellen Waffenstillstands im Oktober mehr als 600 Palästinenser im Gazastreifen umgebracht, die überwiegende Mehrheit davon Zivilisten.

## Nicht nur gesetzwidrig, sondern gesetzlos

Die Feststellung, dass die Angriffskriege und Überfälle der Vereinigten Staaten und Israels gegen jegliches internationales Recht verstoßen, trifft zu, genügt aber inzwischen nicht mehr. US-Präsident Donald Trump hat Anfang Januar im Interview gegenüber der New York Times erklärt: „Ich brauche kein internationales Recht.“<sup>[2]</sup>

Er hat hinzugefügt, „das Einzige“, das ihn „stoppen“ könne, sei „*meine eigene Moralität*“. US-Außenminister Marco Rubio erklärte in seiner Rede auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar, die USA würden „die sogenannte globale Ordnung“ künftig nicht mehr über ihre „vitalen Interessen“ stellen.<sup>[3]</sup>

Vorwürfe gegenüber Washington, die sich irgendwie auf das Völkerrecht beziehen, gehen also komplett ins Leere. Das gilt auch dafür, dass bei den bisherigen Bombardements unter anderem eine Mädchenschule zerstört wurde; dabei kamen laut aktuellem Stand annähernd 150 Menschen ums Leben, darunter Schülerinnen in unbekannter Zahl.

Darüber hinaus bombardierten die USA und Israel das Gandhi-Kranken-

haus in Teheran sowie zivile Wohngebiete, so etwa einen Block, in dem der einstige Präsident Mahmud Ahmadinejad lebte. Er wurde bei dem Angriff getötet. Wieviele weitere Zivilisten dort und andernorts zu Tode kamen, ist unbekannt. Die am 1.3. kursierende Zahl von rund 200 dürfte viel zu niedrig sein.

## „Verbündete nicht belehren“

Wie Bundeskanzler Friedrich Merz am gestrigen Sonntag explizit bekräftigte, stärkt die Bundesregierung den Vereinigten Staaten und Israel bei ihren gesetzlosen Bombardements den Rücken. Zwar hat Merz diesmal davon Abstand genommen, die Angriffe der USA und Israels auf Iran als „Drecksarbeit“ zu bezeichnen wie noch während des israelischen Angriffskriegs vom Juni 2025; damals hatte er erklärt, Israel habe mit dem Krieg gegen Iran „die Drecksarbeit“ für „uns alle“ übernommen, wovor er „größten Respekt“ habe.<sup>[4]</sup>

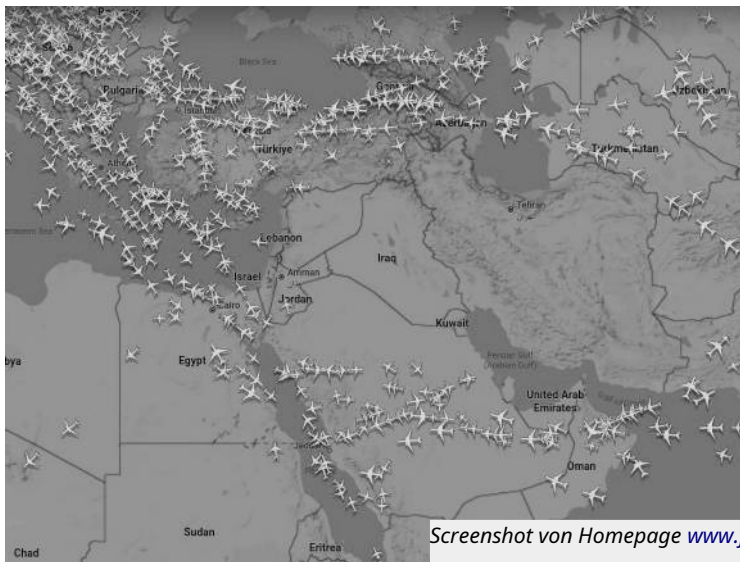
Diesmal beschränkte Merz sich darauf, Deutschland „teile“ das „Interesse“ der USA sowie Israels, das iranische Atomprogramm zu beenden und die iranischen Raketen- und Drohnenbestände zu vernichten. Letztere sind Irans einzige halbwegs wirksame Abwehrwaffe gegen Überfälle wie den aktuellen. Merz fuhr fort, er werde gegenüber den USA und Israel internationales Recht nicht geltend machen.

„Völkerrechtliche Einordnungen werden ... relativ wenig bewirken“, teilte der Bundeskanzler mit. Er fügte noch hinzu, es sei „jetzt nicht der Moment, unsere Partner und Verbündete zu belehren“.<sup>[5]</sup> Im Hinblick darauf, dass Iran mit Attacken auf US-Stützpunkte am Persischen Golf und auf Israel sein Recht auf Selbstverteidigung wahrnimmt, erklärte Merz hingegen: „Wir fordern Teheran ... auf, diese wahllosen Angriffe sofort zu beenden.“

## Die Normalisierung des Enthauptungsschlags

Keine Einwände hat die Bundesregierung auch gegen die Normalisierung der Kriegführung per Enthauptungsangriff. Israel befleißigt sich bereits seit Jahren der Praxis, gezielt Anführer feindlicher Organisationen umzubringen; das war nicht nur im Krieg gegen die Hamas der Fall, sondern auch bei den Angriffen auf die libanesischen Hizbollah und im Krieg vom Juni 2025 gegen Iran.

Im aktuellen Angriffskrieg rühmt sich Israel, gleich zu Beginn seiner Bombardements Irans obersten religiösen Anführer Ali Khamenei umge-



Screenshot von Homepage [www.flightradar24.com](http://www.flightradar24.com) vom 2.3.26

bracht zu haben. Die Liste der Spitzenfunktionäre, die getötet wurden, umfasst zudem mit Ali Shamkhani einen Berater von Khamenei, zudem Verteidigungsminister Aziz Nasirzadeh, den Befehlshaber der Revolutionsgarde, Mohammad Pakpour, den Generalstabschef der Streitkräfte, Abdolrahim Musawi, und weitere ranghohe Militärs.

Damit erheben die USA, die den Angriff auf Khamenei mit Geheimdienstinformationen ermöglicht haben<sup>[6]</sup>, und Israel die Ermordung feindlicher Anführer



## BOARD of PEACE

### „Board of Peace“: Frontalangriff auf die UNO

Das „Board of Peace“ („Friedensrat“), das am 19. Februar 2026 erstmals in Washington zusammenkommen ist, beruht formal auf der UN-Resolution 2803, die der Sicherheitsrat am 17. November 2025 verabschiedet hat.

Sie soll die Umsetzung des Gaza-Friedensplans unterstützen. Dazu sieht sie den Aufbau der *International Stabilization Force* vor, einer internationalen Streitmacht von 20.000 Soldaten, die die Entwaffnung der Hamas durchsetzen sowie als Ordnungsmacht auftreten soll.

Die politische Kontrolle soll beim „Board of Peace“ liegen. Dabei bestehen, zurückhaltend formuliert, zahlreiche Unklarheiten. Zum Beispiel ist nicht ersichtlich, was der sogenannte Friedensplan in Wirklichkeit zu bedeuten hat. So sind seit Beginn des Waffenstillstands im Oktober fast 600 Palästinenser von israelischen Soldaten umgebracht worden, die meisten von ihnen Zivilisten.

Israel hält mehr als die Hälfte des Gazastreifens besetzt und fährt mit der Zerstörung der baulichen Infrastruktur fort; nach UN-Angaben sind 80 Prozent aller Gebäude nur noch

zum gängigen Mittel des Kriegs.

Täte Russland es ihnen gleich, müsste es umgehend zum Mord an dem ukrainischen Präsidenten Woldemyr Selenskyj ansetzen. Gleichzeitig hätte Iran jedes Recht, Regierungsmitglieder der USA oder Israels zu ermorden. Die Entgrenzung der Kriegführung schreitet mit der Normalisierung derartiger Praktiken weiter voran.

### Umbrüche und Machtkämpfe

Unterdessen zeichnen sich infolge des US-amerikanisch-israelischen Krieges gegen Iran potenziell weitreichende Umbrüche im Nahen und Mittleren Osten ab. Iran ist traditionell ein Gegner Israels und trug lange eine offene Rivalität mit Saudi-Arabien um die Vormacht am Persischen Golf aus.

Zudem kooperiert das Land offen mit Russland und China, mit denen es inzwischen im BRICS-Bündnis zusammengeschlossen ist. Gelingt es den

Schutt und Asche. Zudem schreitet, wie der ehemalige Diplomat und Direktor des Deutschen Orient-Instituts (DOI), Andreas Reinicke, konstatiert, „eine schleichende Annexion des Westjordanlands“ voran. Israel bereite dessen „komplette Übernahme“ vor, urteilt Reinicke.

### Das „Board of Peace“

Wird damit der Zweistaatenlösung jede Grundlage entzogen, so ist die Trump-Administration darüber hinaus dazu übergegangen, die Befassung mit dem Gaza-Friedensplan faktisch einem Subgremium des „Board of Peace“ zu übertragen: dem Gaza Executive Board mit einem Hohen Repräsentanten, das quasi als neue Mandatsmacht – wie früher Großbritannien – eine erneute koloniale Herrschaft über den Gazastreifen ausüben soll. Das „Board of Peace“ selbst wird damit frei für Aktivitäten, die denjenigen des UN-Sicherheitsrats gleichen. ...]

Das „Board of Peace“ untersteht Trump persönlich, der es auf Lebenszeit führt, nach Belieben Mitglieder ernennet und entfernt, Resolutionen absegnet oder ablehnt und seinen Nachfolger bestimmt. Dem wie ein Familienbetrieb geführten Gremium selbst gehören überwiegend US-Milliardäre aus Trumps persönlichem

USA und Israel, Iran per Krieg auf Dauer als eigenständigen Machtfaktor auszuschalten oder seine Regierung gar durch ein prowestliches Regime zu ersetzen – etwa unter Reza Pahlavi, dem Sohn des 1979 gestürzten Schah, der seit einigen Jahren von Israel als potenzieller Statthalter in Teheran aufgebaut wird, dann stünde der klaren Vormacht der USA sowie Israels am Persischen Golf nichts mehr im Wege. Russland und China wären dort politisch geschwächt.

Vor allem für China wäre das ein Rückschlag, weil es einen Großteil seines Öls aus Ländern am Persischen Golf bezieht. Könnten die USA nach Venezuela auch noch Iran dazu zwingen, nach einer Niederlage im Krieg gegen die USA kein Öl mehr an China zu liefern, dann nähme der Druck auf die Volksrepublik im Hinblick auf ihre Rohstoffversorgung deutlich zu; dies wäre für Beijing ein Rückschlag im großen Machtkampf gegen Washington.

Umfeld an. Wichtige internationale Aufgaben, die bislang den Vereinten Nationen obliegen, werden damit zur Privatangelegenheit von US-Oligarchen.[...]

### Die UNO vor dem Bankrott

Die Bestrebungen der Trump-Administration, das „Board of Peace“ im ersten Schritt neben dem UN-Sicherheitsrat zu etablieren, um diesen langfristig zu ersetzen, werden intensiviert, während die Vereinten Nationen warnen, ihre Finanzierung sei wegen ausbleibender Beitragszahlungen nur noch bis Juli gesichert.

Der Jahreshaushalt der UNO für 2026 beläuft sich auf 3,45 Milliarden US-Dollar. Das UN-Hauptquartier in New York bezifferte kürzlich die aktuell fehlenden Mittel auf 2,2 Milliarden US-Dollar; 95 Prozent davon seien nicht gezahlte Beiträge der USA.

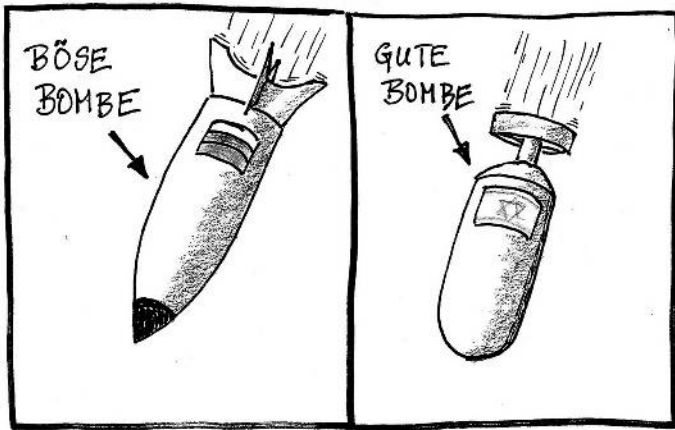
Außerdem schuldeten Venezuela 38 Millionen US-Dollar und Mexiko 20 Millionen US-Dollar. Während Mexiko die Summe rasch überweisen wolle, sei Venezuela aufgrund von US-Sanktionen gar nicht dazu in der Lage.

Ohne neue Mittel müsste die UNO ihre Arbeit im Sommer komplett einstellen, bestätigte UN-Generalsekretär António Guterres.

Quelle: German Foreign Policy (18.2.26 – redaktionell bearbeitet.)

# Hands off Iran – Aggression gegen den Iran stoppen!

Stellungnahme der Initiative ‚Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder‘ vom 1.3.26



Wir verurteilen die erneute völkerrechtswidrige Aggression der USA und Israels gegen den Iran und die Ermordung seines Staatsoberhauptes auf schärfste. Es ist auch diesmal ein hinterhältiger Überfall während laufender Verhandlungen und wie der Angriff auf Venezuela vor wenigen Wochen ein Akt nackter imperialistischer Gewalt. Es handelt sich um einen weiteren unprovokierten Angriffskrieg, der unverhüllt auf einen Regime Change zielt, gerechtfertigt mit haltlosen Vorwürfen einer atomaren Bedrohung durch den Iran. Im Gegenteil, der Iran betonte bei den aktuellen Verhandlungen, „null‘ atombombenfähiges Nuklearmaterial anzuhäufen.“ Selbst die 16 US-Geheimdienste kamen in ihrer letzten gemeinsamen Bedrohungsanalyse zum Schluss, dass nichts auf ein iranisches Atomwaffenprogramm hindeutet. Zudem haben die USA und Israel das zivile Nuklearprogramm nach eigener Einschätzung im Juni letzten Jahres weitgehend zerstört.

Wir sind bestürzt und empört über die hohe Zahl von Opfern der massiven Bombardierung iranischer Städte. Nach Angaben des iranischen Roten Halbmonds wurden bereits am ersten Tag über 200 Menschen im Iran getötet, bei einem israelischen Luftangriff auf eine Grundschule in der südiranischen Stadt Minab allein mindestens 108 Schülerinnen.

Die rechtsextremen Regierungen Trumps und Netanjahus haben einen Krieg vom Zaun gebrochen, dessen weiterer Verlauf nicht abzusehen ist. Der Iran lanciert, wie zuvor angekündigt, nicht nur effektive Gegenangriffe auf Ziele in Israel, wie beim vorangegangenen Krieg im Juni 2025, sondern auch

auf die Militärbasen der USA in den arabischen Nachbarstaaten. Die Gefahr einer Ausweitung in einen Flächenbrand ist akut. Schwere Treffer auf einen US-Stützpunkt mit einer großen Zahl von Toten oder erhebliche Zerstörungen an einem Kriegsschiff können den Krieg nun jederzeit unkontrollierbar eskalieren lassen.

Der Iran hat zudem die Straße von Hormuz, durch die 20 Prozent der weltweiten Erdgas- und Erdöltransporte laufen, geschlossen. Das droht die Treibstoffkosten auch im Westen in die Höhe zu katapultieren.

Russland und China haben nach dem 12 Tage-Krieg 2025 ihre militärische Unterstützung des Irans stark ausgeweitet und in den letzten Wochen Kriegs- und Aufklärungsschiffe in die Region entsandt, vermutlich auch, um die iranische Luftabwehr mit Daten über Angreifer zu versorgen. Auch wenn beide Verbündete sich nicht aktiv einmischen werden, birgt dies ebenfalls Eskalationsgefahren, auch angesichts des israelischen Atomwaffenarsenals. Die israelische Führung könnte bei anhaltenden iranischen Gegenschlägen und schwindenden Luftabwehrkapazitäten versucht sein, darauf zurückzugreifen – in der Überzeugung, keine schweren Konsequenzen fürchten zu müssen.

Wir verurteilen die Komplizenschaft Deutschlands und der EU bei den militärischen Angriffen und den Wirtschaftsblockaden gegen den Iran. Sie haben bereits den Krieg im Juni 2025 nicht verurteilt, sondern ihn im Gegenteil – wie es Kanzler Merz ausdrückte – als Übernahme der „Drecksarbeit für uns alle“, begrüßt. Damit gaben sie auch grünes Licht für eine weitere Aggression. Zudem haben sie den Wirtschaftskrieg verschärft – ganz bewusst, wie Außenminister Wade-phul zugab, um die Notlage der Bevölkerung zu vergrößern und einen Aufstand zu befeuern.

Wir sind zudem empört über den

abscheulichen Zynismus der Bundesregierung, die auch diesmal nicht den Angriffskrieg verurteilt, sondern Teheran auffordert, seine Gegenangriffe auf militärische Stützpunkte der Aggressoren einzustellen.

Letztlich beteiligen sich Deutschland und die EU am „hybriden Krieg gegen den Iran“, den, so der renommierte Ökonom Jeffrey Sachs, die USA und Israel durch Wirtschaftssanktionen, Militärschläge, Cyberangriffe, psychologische Operationen und Desinformationskampagnen“ führen.[1]

Ein Krieg gegen die Islamische Republik Iran steht in Washington seit langen auf der Agenda. Offensichtlich geht es dabei nicht im Geringsten um Demokratie und Menschenrechte im Iran, sondern darum, einen störenden Gegenspieler zu zerschlagen, so wie schon Libyen und Syrien als funktionierende Staaten zerstört wurden. Gemeinsames Ziel des politischen Westens ist, das Land als relevante Macht in der Region und wichtigen Pol in der Entwicklung einer multipolaren Welt auszuschalten. Für Israel würde es den Weg frei machen, die Region weiter gewaltsam und gemäß seinen Interessen zu ordnen.

Indem nach Libyen nun ein zweiter Staat militärisch angegriffen wurde, der nachweislich auf nukleare Bewaffnung verzichtete, wird es auch die Bemühungen um die Nichtverbreitung von Atomwaffen schwächen und die Ambitionen anderer, sich welche zu verschaffen, befeuern.

Wir fordern:

> den sofortigen Stopp des Krieges gegen den Iran

> ein Ende der deutschen Unterstützung für die militärischen Angriffe und den Wirtschaftskrieg gegen das Land. Das bedeutet insbesondere Stopp aller Waffenlieferungen an Israel und Ablehnung der Nutzung der US-Stützpunkte auf deutschem Boden für den Krieg gegen den Iran.

> eine klare Verurteilung der völkerrechtswidrigen Aggression durch die deutsche Bundesregierung

> Einsatz für einen Waffenstillstand und faire Friedensverhandlungen mit dem Iran

## Welche Aktionsformen sind zweckmäßig?



Angesichts sich häufender Aktionen bei gleichzeitig zumeist sehr überschaubaren Teilnehmerzahlen darf natürlich darüber diskutiert und gestritten werden, wo man sich mehr oder weniger engagiert, natürlich abseits von zentralen Aktivitäten wie den Ostermärschen oder bundesweiten Großdemos. Nachfolgend dazu einige Überlegungen und Anstöße.



Am Wochenende vom 21. bis 23. Februar (d.h. den anschließenden Montag) wurde von dem internationalen Netzwerk „World Beyond War“ mit Sitz in den USA eine global angelegte Aktion zur Schließung von fremden Militärbasen initiiert und anschließend auf deren Website dokumentiert. In Deutschland

erfolgten hierbei Aktionen vor dem EUCOM (mit Demo aus der Innenstadt) in Stuttgart (Foto oben) und vor der Clay-Kaserne in Wiesbaden-Erbenheim (Foto unten).

Wie bei allen Aktionen auf der Straße stellte sich auch hier die Frage, wen man damit erreicht. Bei Protestaktionen vor Militärstandorten hat man an Wochenenden bzw. an Sonn- und Feiertagen (ebenso wie in Innenstädten) das Problem, dass man unter sich bleibt.

Am Freitag, den 20. Februar haben wir (Friedens- und Zukunftswerkstatt und Wiesbadener Bündnis gegen Raketenstationierung) mit einer Mahnwache vor der Clay-Kaserne mit Bannern das US-Militärpersonal auf unseren Widerstand aufmerksam gemacht. Zwei Stunden lang haben wir der Kälte trotzend von 14 bis 16 Uhr gut sichtbar für den sehr dichten Feierabend- und Wochenendverkehr mit zumeist ausfahrendem Militärpersonal am Main Gate der Clay-Kaserne „Flagge gezeigt“.

Wir haben damit gegenüber den Akteuren der Kriegsvorbereitung und

Kriegsführung am Standort Wiesbaden-Erbenheim ein Signal gesetzt. Viele Autofahrer haben uns im Vorbeifahren dabei auch freundlich zugewunken.

Diese positive Resonanz sollte uns nicht überraschen. Wer sich in den USA dem Militär anschließt, tut dieses meistens weniger aus patriotischer Überzeugung, sondern aus materiellen und teilweise existenziellen Erfordernissen. Vor allem die kostenlose Gesundheitsversorgung für Militärs an gut ausgestatteten Militär-Hospitälern (auch in Deutschland) ist ein gewichtiges Argument für den Militärdienst in den USA.

Eine ähnlich gelagerte Aktion vor der Air Base Ramstein zur Rush Hour im Juni letzten Jahres zeigte gleichfalls eine positive Resonanz.

Unser Gegner ist der militärisch-industrielle Machtapparat mit den dahinter stehenden Akteuren. Gleichzeitig sollten wir auch um diejenigen Menschen ringen, die sich aus nachvollziehbaren Gründen in dieses System einordnen.

*Karl-Heinz Peil*



# Aus Aufrufen zu den Ostermärschen 2026

## Aus dem Aufruf Ostermarsch Frankfurt Rhein-Main:

Wir fordern:

> **Friedensfähig statt erstschlagfähig:** Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen mit Wiesbaden als Einsatzzentrale! Abzug aller Mittelstreckenwaffen aus ganz Europa! Für eine neue internationale Sicherheitsarchitektur!

> **Für Abrüstung statt Sozialabbau:** Kein Ruin der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Sozialstaates durch exzessive Rüstungsausgaben!

> **Für Diplomatie statt Militarisation:** Das Friedensgebot von Grundgesetz und Hessischer Verfassung zugrunde legen statt „Wehrpflicht“, Repression und Kriegsvorbereitung! Für diplomatische Initiativen Deutschlands zur Beendigung des Ukrainekrieges! Unterstützung für die Menschen, die sich der Kriegsmaschinerie verweigern und Widerstand leisten!

> **Für sozial-ökologischen Umbau statt Rüstungsindustrie:** Straßenbahnen statt Panzer! Keine Waffenexporte in Kriegsgebiete!

> **Für Internationale Solidarität und Völkerrecht:** Stopp des Genozids an den Palästinensern! Solidarität mit der Bevölkerung aller Länder, die von Aggressionen betroffen sind!

## Aus dem Aufruf Ostermarsch Stuttgart:

Unsere Forderungen:

**1. Für ein Menschenrecht auf Frieden**

**2. Keine Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland!**

**3. Keine neue Wehrpflicht!** Für das uneingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Rücknahme des Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes. Gegen alle Formen von Zwangsdiensten.

**4. Kein Profit mit dem Krieg!** Nein zu allen Rüstungsexporten. Nein zur Taurus-Lieferung an die Ukraine.

**5. Abrüsten statt Aufrüsten!** Investitionen in Soziales und Umwelt statt Kriegswirtschaft.

**6. Asylrecht ist Menschenrecht!** Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Asyl für Deserteur\*innen und Kriegsdienstverweiger\*innen! Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtenden!

**7. Für die Stärke des Rechts – gegen das Recht des Stärkeren!** Keine Komplizenschaft mit Israels völkerrechtswidriger Vertreibungs- und Annexionspolitik in den palästinensischen Gebieten! Keine Billigung völkerrechtswidriger US-Militärinterventionen in Lateinamerika und Europa und im Iran!

**8. Schließung aller US-Militärstützpunkte in Deutschland!** Das bedeutet für Stuttgart: Schließung des EUCOM und AFRICOM.



Ostermarsch 2025 in Frankfurt, Jugendblock, Foto: Karl-Heinz Peil



Ostermarsch 2025 in Stuttgart, Foto Sigrid Altherr-König

**zeitung gegen den krieg**  
 Nr. 61 Frühjahr 2026

**US-Aggressionen mit Blockaden, Regime Change und Kriegseinsätzen**

**Ostermarsch 2026 – Vorforderungen**

Frieden nur durch Abrüstung – Abrüstung wieder in die Eine russische Stimme für Frieden – Wladimir Belov/Wolfgang Gehrcke  
 Widerstand gegen – ohne Surrender!  
 Widerstand gegen – Militarisierung und Kriegsdienst

Interview mit Jeffrey Sachs, Ökonomen und Professor an der Columbia University in New York  
 Was bedeutet die jüngste aggressive Aktion von US-Präsident Trump gegen Venezuela, den Mittelast, Kuba sowie die WHO?  
 Die WHO wird sich gegen die jenseitigen Lüge der WHO und ihre soziale Strategie für Zerstörung der WHO einsetzen.  
 Was können die Regime in Lateinamerika, Korea, Nordafrika, Latein und Mittel-Ostern. Die Gruppe in Mittelamerika in der Welt dazu, was die Krise der Welt. Was ist die Zentralrolle der USA?  
 Interview mit dem Historiker, Autor, Redakteur und Journalisten der New York Times  
 Interview mit dem Historiker, Autor, Redakteur und Journalisten der New York Times  
 Interview mit dem Historiker, Autor, Redakteur und Journalisten der New York Times

Die 8-Seiten-Zeitung zum Verteilen bei Straßenaktionen. Ausgabe Frühjahr 2026

Nähere Infos und Bestellungen über die Homepage [www.zeitung-gegen-den-krieg.de](http://www.zeitung-gegen-den-krieg.de) Einzelbeiträge von:

Yusuf As, Vladimir Belov (Russland), Desiree Becker, Reiner Braun, Sevim Dagdelen, Julieta Daza (Venezuela), Julia Engel, Ulrike Eifler, Wolfgang Gehrcke, Edgar Göll, Barbara Heller, Andrea Hornung, Yannick Kiesel, Michael Müller, Willi van Ooyen, Karl-Heinz Peil, Peter Raykowski, Jeffrey Sachs (USA), Michael von der Schulenburg, Judith Stolzenburg, Peter Wahl

### Neoliberaler Faschismus

#### Seite 3 bis 5

Originalfassung:

<https://www.counterpunch.org/2026/01/19/the-disconnected-present-neoliberal-fascism-and-the-politics-of-erasure/>

Komplette deutscher Fassung:

<https://seniora.org/politik-wirtschaft/politik/die-entfremdete-gegenwart-neoliberaler-faschismus-und-die-politik-der-ausloeschung>

Foto auf Seite 5:

<https://peoplesdispatch.org/2025/06/11/movement-against-ice-raids-spreads-to-cities-across-the-us/>

### Milliardäre am Schalthebel

#### Seite 6

<https://www.infosperber.ch/wirtschaft/konzerne/milliardaere-sitzen-am-schalthebel-der-militaerischen-macht/>

### KI und der neue Faschismus

Seite 7: Infos zum Buch unter

<https://www.reclam.de/produktdetail/kuenstliche-intelligenz-und-der-neue-faschismus-9783150146668>

### KI-generiertes Töten

#### Seite 8 und 9

Online-Fassung:

<https://www.medico.de/blog/wird-schon-stimmen-20209>

### Bundeswehr und IDF

#### Seite 10 und 11

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10314>  
(Bezahlschranke)

#### Fußnoten

[1] S. dazu [„Im nationalen Interesse Deutschlands“ \(II\)](#) und [„Im nationalen Interesse Deutschlands“ \(III\)](#).

[2] Otfried Nassauer: Besondere Beziehungen. Die deutsch-israelische Rüstungskoooperation. bits.de Februar 2010.

[3] Thorsten Jungholt: Bundeswehr soll in Israel den Häuserkampf lernen. welt.de 30.08.2015.

[4] Stephan Jeglinski: Davidstern, ungarische Kokarde und Eisernes Kreuz bei den MAGDAYS. bundeswehr.de 25.08.2020.

[5] Thomas Skiba: Arrow stärkt Deutschlands Schutz vor ballistischen Raketen. bundeswehr.de 03.12.2025.

[6] Raketenabwehr in Deutschland: Weitere 3,1 Milliarden Dollar für Arrow 3. hartpunkt.de 19.12.2025.

[7] Dorothee Frank: TAHR – Israelisches Know-how für deutsche Spezialkräfte. defence-network.com 23.02.2026.

[8] Zusammenarbeit zur Cybersicherheit mit Israel wird

ausgebaut. bmi.bund.de 12.01.2026.

[9] Bundeswehr und IDF wollen enger zusammenarbeiten. juedische-allgemeine.de 20.02.2026.

[10] IDF Press Release. idf.il 20.02.2026

### Ökozid im Westjordanland

#### Seite 11

<https://umwelt-militaer.org/oekoqid-im-westjordanland/>

Quelle deutsch:

<https://dienichtvergisst.blog/2026/02/25/okozid-in-masafer-yatta/>

Originalquelle englisch: <https://taayush.org/?p=6513>

### Desinformationsregime der EU

#### Seite 12

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=146494>

### Buchbesprechung: Aller Rechte beraubt

#### Seite 13

Verlagsinfo:

<https://mediashop.at/buecher/aller-rechte-beraubt/>

### Vorkrieg gegen den Iran

#### Seite 14 und 15

<https://thegrayzone.com/2026/01/12/western-media-riots-iran-govt-regime-change/>

### Iran: entgrenzter Krieg

#### Seite 16 und 17

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10321>

#### Fußnoten

[1] Tracking U.S. Military Killings in Boat Attacks. nytimes.com.

[2] David E. Sanger, Tyler Pager, Katie Rogers, Zolan Kanno-Youngs: Trump Lays Out a Vision of Power Restrained Only by 'My Own Morality'. nytimes.com 08.01.2026. S. dazu [Der Amokläufer und sein Kumpan](#).

[3] Secretary of State Marco Rubio at the Munich Security Conference. state.gov 14.02.2026.

[4] S. dazu [Drecksarbeit](#) und [Drecksarbeit \(II\)](#).

[5] Iranerinnen und Iraner haben eine bessere Zukunft verdient. bundesregierung.de 01.03.2026.

[6] Julian E. Barnes, Ronen Bergman, Eric Schmitt, Tyler Pager: The C.I.A. Helped Pinpoint a Gathering of Iranian Leaders. Then Israel Struck. nytimes.com 01.03.2026.

### Board of Peace

#### Seite 17

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10307>